



Presseschau vom 22.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Alexander Männer: Zieht die NATO die Strippen? Die Blockade der Transporte nach Kaliningrad hat militärische Aspekte

Das EU- und NATO-Mitglied Litauen hat entschieden, den innerrussischen Transit von Waren durch litauisches Hoheitsgebiet zu blockieren. Betroffen davon sind Transporte aus Russland in die Exklave Kaliningrad per Eisenbahn von Produkten, die durch die EU willkürlich auf eine schwarze Liste gesetzt wurden. ...

<https://kurz.rt.com/31as> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Kein Handelskrieg, aber Abkühlung: Russland beschränkt Brennstofftransit aus Kasachstan nach Europa

Mehrere logistische Hürden schränken den Transit von Energieträgern aus Kasachstan durch Russland nach Europa ein. Für Kasachstan ist das kein großes Problem, für Europa allerdings schon – und ein Zeichen für Abkühlung zwischen Russland und Kasachstan sowie eine Warnung an alle Beteiligten. ...

<https://kurz.rt.com/319s> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Der lange Abschied: Philip Morris hat Schwierigkeiten beim Verkauf seiner Aktiva in Russland

Erhebliche Verluste, komplizierte Verfahren und das Damoklesschwert der Sanktionen: Dem Konzern Philip Morris gelingt es nicht, seine Aktiva in Russland zu verkaufen. Es ist jedoch nicht das einzige Unternehmen, dem der Rückzug aus dem russischen Markt zu schaffen macht. ...

<https://kurz.rt.com/31bm> bzw. [hier](#)

Gleb Prostakow: Russland und die EU beginnen einen Überlebenskampf um Gas – wer gewinnt?

Die Drosselung der russischen Gas-Lieferungen über die Pipeline Nord Stream 1 nach Deutschland ist nur die logische Konsequenz der bisherigen EU-Politik und erst der Anfang eines erbarmungslosen Gas-Krieges, der am Ende nur einen Gewinner haben wird. ...

<https://kurz.rt.com/31a8> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

22:00 de.rt.com: Irland friert russische Vermögenswerte im Wert von 1,7 Milliarden Euro ein

Der Gesamtbetrag der eingefrorenen russischen Guthaben in Irland wird auf 1,72 Milliarden Euro geschätzt. Das berichtete die Zeitung The Irish Times am Dienstag unter Berufung auf offizielle Daten der Zentralbank der Republik.

Nach Angaben der Zeitung handelt es sich bei den meisten eingefrorenen Vermögenswerten um verschiedene Fonds und Unternehmen, die mit den sanktionierten Personen und Einrichtungen aus Russland in Verbindung stehen. Im April wurde das im Rahmen der EU-Sanktionen eingefrorene russische Vermögen in Irland noch auf 840 Millionen Euro geschätzt, berichtete die Zeitung.

wpered.su: **Dmitrij Nowikow schlug vor, eine Antwort auf den Beschuss von Donezk zu geben und nannte die nationale Politik der Bolschewiki einwandfrei**

Die Kiewer Regierung hat endgültig die Taktik des Terrors gegen die Zivilbevölkerung übernommen. Dies ist eine ausreichende Grundlage für Schläge auf die Entscheidungszentren. Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF D.G. Nowikow am 20. Juni in der Sendung „Wremja pokaschet“, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Der unmenschliche Beschuss von Donezk geht täglich weiter. Die Streitkräfte der Ukraine schießen zielgerichtet auf Wohngebiete. Dazu sagte Dmitrij Nowikow, dass sich zu Beginn der Spezialoperation niemand vorstellen konnte, dass die Nazis praktisch aufhören, militärische Aufgaben zu lösen und sich mit der Vernichtung friedlicher Bürger befassen würden. „Aber jetzt ist klar: die Prioritäten sind genau so gesetzt. Wir wissen schon, dass diese Taktik als hauptsächliche übernommen wurde“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF und schlug vor, drei bis vier sehr wichtige Aufgaben zu lösen.

Die erste davon hängt mit der Einschätzung der Lage und dem Treffen qualifizierter politischer und militärischer Entscheidungen zusammen: „Wie weit können wir Beschüsse der friedlichen Bevölkerung zulassen? Es wurde bereits mehrfach gesagt, dass in besonderen Situationen besondere Maßnahmen ergriffen werden, einschließlich Schläge auf die Zentren der Entscheidungsfindung. Mir scheint, diese Grenze ist bald erreicht“.

Zweitens nannte Dmitrij Nowikow die nicht akzeptable Positionen, gemäß der schwierige Themen nicht öffentlich erörtert werden dürfen und die gesamte Arbeit dem Militär überlassen werden muss. Nach seiner Meinung nach dürfen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung nicht verschwiegen werden: „Bekannt ist der rituelle Satz von Gleb Sheglow, dass ein Dieb ins Gefängnis gehört. Ja, diejenigen, die Geldbörsen stehlen, gehören ins Gefängnis und die, die Menschenleben stehlen, müssen umso mehr eine Strafe erhalten. Damit es zu einer Bestrafung kommt, müssen alle Verbrechen erfasst werden. Das ist sowohl für die speziellen Organe als auch für die öffentliche Meinung wichtig.“

Als dritte Aufgabe nannte Dmitrij Nowikow den Aufbau eines friedlichen Lebens dort, wo es schon möglich ist. Nach seinen Worten wird in einer Woche eine Parlamentsdelegation aus Lugansk in die Staatsduma kommen. Vor einer Woche kam eine solche Delegation aus Donezk. „Die Gespräche liefen sowohl auf allgemeinparlamentarischer Ebene als auch auf Ebene der Fraktionen“, berichtete Dmitrij Georgijewitsch. „Unser Team unter Leitung von Gennadij Andrejewitsch Sjuganow diskutierte zwei Stunden lang mit den Kollegen verschiedene Fragen, obwohl 30 bis 40 Minuten vorgesehen waren. Wir haben eine große Erfahrung mit der Hilfe für den Donbass. Der Aufbau eines friedlichen Lebens ist die beste Alternative zu dem, was heute in der Zone der Kampfhandlungen geschieht. Davon war unter anderem auch die Rede beim Petersburger internationalen ökonomischen Forum.“

Schließlich, fügte der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF hinzu, gibt es die Aufgabe, die von der DVR und der LVR nicht gelöst werden kann. Sie kann nur Moskau lösen. Die Idee besteht daran, dass hinter den Kämpfern, die friedliche Stadtteile von Donezk zerstören, sehr bedeutende Menschen mit sehr großen Vollmachten stehen. Und sie befinden sich nicht in Kiew. Zur ihrer Bekämpfung sind ernsthafte „asymmetrische“ Entscheidungen notwendig. Bei der Architekten der aggressiven Politik gegen Russland müssen so viele Probleme wie möglich bei der von ihnen betriebenen außenpolitische Linie auftreten.

Dmitrij Nowikow erinnerte an die guten Nachrichten aus Kolumbien, wo zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ein linker Präsident, Gustavo Petro ins Amt kam: „Das ein absoluter Antipode zu allen vorherigen rechten und proamerikanischen Regierenden, die paramilitärische Abteilungen gebildet und die Opposition terrorisiert haben. Sie haben nicht nur antirussische Sanktionen unterstützt, sondern wollten Kolumbien sogar in die NATO ziehen. Petro selbst ist ein ehemaliges Mitglied der Partisanenbewegung, ein überzeugter Marxist, der bereit ist, den Kurs des Landes prinzipiell zu verändern. Er hat bereits erklärt, dass er statt des Kampfes gegen die venezolanische Regierung normale Beziehungen zu

Nicolas Maduro herstellen wird. Und Venezuela, Kuba und Nicaragua werden nicht umsonst als unsere Freunde angesehen. Sie müssen auch aktiver unterstützt werden.“

Gleichzeitig hat Litauen damit gedroht, keine Eisenbahnlieferungen, die unter die Sanktionsliste fallen, nach Kaliningrad passieren zu lassen. Die Nachricht rief eine lebhafte Diskussion im Studio hervor. Der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF schlug vor, in erster Linie festzustellen, wie die Handlungen der litauischen Regierung zu qualifizieren sind. „Es gibt Regeln und Gesetze, die unter Friedensbedingungen gelten, es gibt Regeln in Kriegszeiten, und es gibt vollständige Willkür. Auf den ersten Blick ist das eine etwas seltsame Klassifizierung, weil für einen normalen Menschen der Krieg die höchste Form der Willkür ist. Aber weil die Menschheit nicht gelernt hat, ohne Kriege zu leben, hat sie danach gestrebt, Regeln für ihre Führung zu erarbeiten und festzulegen, was zulässig ist und was nicht. Und das, was heute geschieht, ist von keiner Gesichtspunkt aus hinnehmbar, weder vom logischen noch vom völkerrechtlichen.“

Nach den Worten des Redners ist der Hinweis Litauens auf die Notwendigkeit, die Sanktionen der EU auszuführen, nicht akzeptabel, weil die Rede von Güterströmen aus Russland nach Russland ist, und nicht außerhalb des Landes. „Es erfolgt eine vollständige Willkür und ich hoffe, dass auf die Erklärungen unseres Außenministeriums über die Bereitschaft, äußerst ernsthafte Schritte zur Verteidigung der nationalen Interessen zu unternehmen, sehr konkrete Handlungen folgen“, schloss Nowikow.

Bei den politischen Talkshows des russischen Fernsehens sind ab und an Figuren anwesend, die versuchen, die Aufmerksamkeit von den dramatischen Ereignissen des heutigen Tages abzulenken, indem sie „Schuldige unter Persönlichkeiten und Kräften von vor hundert Jahren suchen. Dieses Mal spielte der Politologie Jurij Kot diese unwürdige Rolle. Er unternahm es zu behaupten, dass das Baltikum und ein großer Teil Polens „russische Erde sind“, die die Bolschewiki abgegeben hätten.

Dmitrij Nowikow war mit diesen Hirngespinnsten nicht einverstanden. Seine Reaktion war kategorisch: „Alle Tritte und Beleidigungen für die Entscheidungen der bolschewistischen Regierung zur nationalen territorialen Frage müssten schon lange aufhören. Sie wurden am Anfang der Sowjetmacht gefasst. Wenn Sie die Geschichte gut kennen würden, so würden Sie auch den Kontext der historischen Ereignisse verstehen. Und dann würden Sie erkennen, dass die national-territoriale Politik der Bolschewiki einwandfrei war. Ja, und noch einmal ja! Sie war einwandfrei! Sie erlauben sich aber absolut provokative Dinge. Aber es ist jetzt nicht der Moment, um sich damit zu befassen!“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF und entgegnete den Versuchen, ihn zu unterbrechen: „Nicht ich habe diese Diskussion begonnen, aber ich kann nicht schweigen. Ich kann es nicht, weil ich die geäußerten Angriffe gegen die sowjetische Geschichte für unhaltbar halte.“

Der Westen stellt die Militärhilfe für die Ukraine nicht ein. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz teilte mit, dass die Lieferungen von Antiraketensystemen und Mehrfachraketenwerfern weitergehen, „um Odessa und Kiew zu retten“. Außerdem fahren polnische Söldner in die Kriegszone, die das Außenministerium Polens als „Touristen“ bezeichnet.

Zum Thema der polnischen Kämpfer nannte Dmitrij Nowikow den Umstand, dass sie einen großen Teil der Söldner ausmachen, die auf Seiten der Nazis kämpfen, gesetzmäßig: „In jedem Volk, in jedem Land findet sich ein gewisser Anteil an Nationalisten. Der polnische Nationalismus und die polnische Russophobie nimmt in der jetzigen Situation nicht einfach theoretischen Charakter an. Bei Polen kommt die Hoffnung auf, Territorium im Westen der Ukraine zu bekommen. Deshalb ist bei diesem Publikum neben Überlegungen zu historischen Themen eine praktische Motivation erschienen, um etwas zu erkämpfen.“

Was die Erklärungen des polnischen Außenministeriums bezüglich der „Touristen“ betrifft, schlug Dmitrij Georgijewitsch vor, sie öfter unter Nutzung russischer Informationskapazitäten zu verbreiten. Nach seinen Worten ist das notwendig, damit die Polen, die sich mit der Waffe in der Hand in der Ukraine befinden, begreifen, wie sich ihre „Leitung“ zu ihnen verhält und

ob diese sie überhaupt wirklich verteidigen wird.

Bezüglich des Verhaltens deutscher Politiker erinnerte Nowikow an Angela Merkel: „Einige Monate lang hat sie nicht von sich hören lassen, aber nun ist sie aufgetaucht und hat daran erinnert, dass Putin einmal bei einem Treffen mit ihr in Sotschi den Zerfall der UdSSR als persönliches Drama bezeichnet hat. Für Merkel aber war, nach ihren eigenen Worten, der Zerfall der Union ein glückliches Ereignis. Aber wenn diese deutsche Politikerin sagt, dass der Zerfall unseres Landes, das sich Sowjetunion nannte, eine freudige Episode in ihrem Leben war, so zweifle ich nicht daran, dass auch in Bezug auf die Russische Föderation ein solches Szenario für sie ein Glück wäre.“ Deshalb, so fasste der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF zusammen, muss man sich nicht über das Verhalten der deutschen Regierung wundern. Während sie keine Soldaten in die Ukraine schicken wollen, tun sie dennoch alles dafür, dass der Konflikt hier möglichst lange dauert.

22:15 de.rt.com: **Großes Kino trotz Sanktionen: Das Internationale Filmfestival Moskau findet statt**

Das Internationale Filmfestival Moskau, das wegen der Ukraine-Krise verschoben worden war, findet statt. Trotz der Kultursanktionen gegen Russland umfasst das Festivalprogramm Filme aus mehr als sechzig Ländern, so das Organisationskomitee der Festspiele.

Das Internationale Filmfestival Moskau (IFF Moskau), das einzige als A-Festival eingestufte Filmevent in Russland, wird in diesem Jahr trotz der schweren geopolitischen Lage stattfinden, teilten die Organisatoren mit. Auf der Webseite des Festivals wurden neue Termine bekannt gegeben. Die Veranstaltung findet nun vom 26. August bis 2. September in Moskau statt.

Einer der führenden Experten im russischen Filmmarkt, der Journalist und Produzent Iwan Kudrjawzew, der in diesem Jahr den Vorsitz des Auswahlkomitees übernommen hat, äußerte sich auf der Webseite der Festspiele zu der Veranstaltung, die in Zeiten der Krise stattfinden wird:

"Wir sehen das Hauptziel der neuen Ausgabe des IFF Moskau als Entdeckung und Offenheit. Zunächst einmal werden neue Namen der internationalen Kinokunst entdeckt, neue Länder und Gebiete, die den Tausenden von Festivalbesuchern kaum bekannt sind und (bisher) von der internationalen Festivalgemeinschaft kaum wahrgenommen würden."

Wie Kudrjawzew betonte, "sehen wir insgesamt mehr als 60 Länder unter den Anmeldungen, aber die Bewerbungsdynamik ist so, dass es deutlich mehr sein werden". Die Länder, deren Autoren ihre Filme auf dem IFF uraufführen wollen, würden von Argentinien, Brasilien, Peru, den USA über Großbritannien, Serbien, Italien, Frankreich und Indien bis hin zu Iran, den Ländern des Nahen Ostens, China, Südostasien und sogar Ozeanien reichen, so das Organisationskomitee.

Die Organisatoren des Filmfestivals sprechen von der besonderen Rolle der Kinokunst "in diesem kritischen Moment in der Geschichte unserer Zivilisation". Kudrjawzew erklärte: "Das Kino kann es sich aufgrund seines langen Produktionszyklus nicht leisten, voreilige Schlüsse zu ziehen, aber deshalb ist es seine stärkste Fähigkeit, zu ahnen und vorzuschauen. Das Bild der Welt, das uns das IFF-Programm in seiner Gesamtheit präsentieren wird, soll diese Erwartung zum Ausdruck bringen, und zwar sowohl in Bezug auf den gegenwärtigen Moment als auch auf die absehbare historische Perspektive."

Ursprünglich sollte das Festival vom 21. bis 28. April stattfinden, wurde aber auf die zweite Jahreshälfte verschoben. Wie die Organisatoren des Festivals damals mitteilten, wurde die Veranstaltung auf Wunsch der ausländischen Teilnehmer verschoben. Das Organisationskomitee erklärte, dass viele Filmemacher in der derzeitigen Situation "nicht in der Lage sind, nach Moskau zu kommen oder ihre Filme einzuschicken und in einigen Fällen sogar die Zustimmung der Produzenten für die Teilnahme ihrer Filme am Festival einzuholen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b1b557b480cc552c550571.jpg>
Vor dem Beginn der Abschlussfeier des 40. Internationalen Filmfestivals Moskau am 26. April 2018, Moskau, Russland

22:30 de.rt.com: **Peskow nennt Medienberichte über Massenmobilisierung in Russland gefälscht**

In den britischen Medien verbreitete Informationen über die Absicht, in naher Zukunft eine Massenmobilisierung in Russland anzukündigen, sind gefälscht. Dies erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow. Er erklärte:

"Das sind reine Fälschungen."

Zuvor hatten The Guardian, Independent und Daily Record unter Berufung auf westliche Beamte von Plänen berichtet, eine Massenmobilisierung in Russland anzukündigen. Laut den Gesprächspartnern in den Publikationen sollte dies "in Kürze" angekündigt werden. Ähnliche Spekulationen über die bevorstehende Absicht des Kremls, eine Mobilisierung anzukündigen, wurden Mitte Juni von Bloomberg unter Berufung auf hochrangige europäische Beamte gemeldet. Sie merkten an, dass die Entscheidung für den Kreml unerwünscht sei, weil sie bei den Russen Zweifel wecken könnte. Peskow bezeichnete dies als gezielte Falschinformation.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b22780b480cc23e1617586.jpg>

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Medienberichte: Siebtes EU-Sanktionspaket könnte Gold einschließen**
Beschränkungen für Gold könnten im Entwurf des nächsten Pakets antirussischer Sanktionen enthalten sein. Noch ist nicht bekannt, ob sie ein Import- oder Exportverbot enthalten werden. Vor dem Hintergrund der Diskussion kauft die Schweiz drei Tonnen Gold von Russland. Die Europäische Union wird möglicherweise Beschränkungen für Gold in das siebte Paket antirussischer Sanktionen aufnehmen. Dies [berichtete](#) die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf mit den Gesprächen vertraute Quellen.

Eine der Quellen sagte der Nachrichtenagentur, dass die Europäische Kommission an der Einbeziehung von Gold in ein mögliches neues Sanktionspaket arbeitet, wobei nicht bekannt ist, ob die Maßnahme ein Verbot der Ausfuhr des Metalls nach Russland oder seiner Einfuhr aus dem Land beinhalten würde. Ein Sprecher des dänischen Botschafters bei der EU erklärte, dass ein dänischer Diplomat bei einem privaten Treffen der Botschafter in der vergangenen Woche vorgeschlagen habe, Gold zusammen mit anderen Sektoren in das neue Sanktionspaket aufzunehmen.

Reuters sah auch die letzte Fassung der Abschlusserklärung der EU-Staats- und Regierungschefs, die auf dem Gipfel am 23. und 24. Juni vorgelegt werden soll. Sie erklärte, dass die Arbeit an den Sanktionen fortgesetzt wird, einschließlich der "Stärkung ihrer Umsetzung und der Verhinderung ihrer Umgehung". Wie Reuters feststellte, handelt es sich bei dieser Formulierung um einen Kompromiss: Die nördlichen und östlichen Mitgliedstaaten der Union fordern, in der Erklärung ein neues Paket zu erwähnen, während Deutschland und die Niederlande vorschlugen, sich auf die Umsetzung der bereits verhängten Beschränkungen zu konzentrieren.

Am 21. Juni berichtete Bloomberg unter Berufung auf Schweizer Zolldaten, dass das Land zum ersten Mal seit Ende Februar wieder russisches Gold importiert hat. Die Schweiz importierte rund drei Tonnen Metall aus Russland, was zwei Prozent aller Goldeinfuhren entspricht. Das Land verfügt über vier große Goldraffinerien, die zusammen zwei Drittel der weltweiten Goldmenge verarbeiten. Die Agentur stellte fest, dass die meisten Raffinerien, die an der Tiefenraffination beteiligt sind, sich weigerten, russische Metalle anzunehmen, nachdem die London Bullion Market Association sechs russischen Anlagen den Status als Gold- und Silberlieferanten entzogen hatte.

Am 28. Februar hatte die Bank von Russland den Goldankauf auf dem heimischen Edelmetallmarkt wieder aufgenommen, nachdem die EU und die USA ihre Vermögenswerte blockiert hatten. Die Regulierungsbehörde hatte es seit März 2020 nicht mehr gekauft. Mitte März setzte die Zentralbank Russlands die Goldankäufe aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Goldbarren in der Öffentlichkeit aus, nahm sie aber Ende des Monats zu einem festen Preis wieder auf.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b1e49ab480cc25135fc162.jpg>

6:45 de.rt.com: **Statt ins All zu fliegen: US-Militär will Musks Starship für Truppenverlegungen auf der Erde nutzen**

Das US-Verteidigungsministerium prüft derzeit, ob es das Starship von Elon Musk künftig auch dafür nutzen kann, Truppen in weniger als einer Stunde an jeden Ort der Erde zu transportieren. Das geht aus offiziellen Dokumenten hervor, die nun veröffentlicht wurden. Die darin entworfenen Szenarien klingen derzeit nach Science-Fiction.

Das US-Verteidigungsministerium arbeitet gemeinsam mit dem Raumfahrtunternehmen SpaceX an Lösungen, mit dem Starship militärische Ausrüstung oder sogar Truppen innerhalb von wenigen Stunden an jeden beliebigen Ort der Welt befördern zu können. Das geht aus internen [Dokumenten](#) des Pentagons aus dem Jahr 2020 hervor, die dem US-Magazin The Intercept vorliegen. Mit der Rakete sei das US-Militär demnach theoretisch künftig dazu in der Lage, viele Tonnen Nutzlast innerhalb von weniger als einer Stunde an jeden Ort auf dem Globus zu bringen.

Laut den Dokumenten besteht das Ziel der Zusammenarbeit zum Teil darin, die Tonnage von einer "C-17 (Frachtflugzeug) in weniger als 60 Minuten an jeden beliebigen Ort der Welt zu fliegen". Der potenzielle militärische Einsatz von einem Starship wird schon seit geraumer Zeit in Betracht gezogen. In einer Pressemitteilung des Transportkommandos der US-Streitkräfte (USTRANSCOM) hieß es dazu bereits vor einigen Jahren, dass die riesige Starship-Rakete von SpaceX eines Tages "kritische Logistik in zeitkritischen Notfällen schnell transportieren" und "humanitäre Hilfe liefern" könne.

Das erste in den Dokumenten für militärische Zwecke genannte Einsatzbeispiel des Raumschiffs verweist darauf, dass der Weltraumtransport eine "alternative Methode für die logistische Versorgung des US-Pazifikkommandos" darstellen könne. Zudem könne das Starship nach der Vorstellung der Autoren in Zukunft ein sogenanntes verlegbares Luftstützpunktsystem der Air Force befördern. Dabei handelt es sich den Angaben zufolge um "eine Ansammlung von Unterkünften, Fahrzeugen, Baumaterialien und anderen Ausrüstungsgegenständen, die rund um den Globus bereitstehen und an jeden Ort gebracht werden können, den die US Air Force für Luftoperationen benötigt".

Bei diesen beiden potenziellen Einsatzmöglichkeiten ging es bisher aber lediglich um den Transport von Fracht wie etwa von Panzern oder Flugzeugen, welcher durch das Raumschiff des Tech-Milliardärs Elon Musk rasant beschleunigt werden könnte. In den nun freigegebenen Dokumenten spielt das US-Verteidigungsministerium jedoch zudem darauf an, dass mit dem Starship künftig auch Personal befördert werden könnte. Ein möglicher Einsatzbereich sei demnach der sogenannte "Embassy Support", also die Unterstützung von US-Botschaften und Konsulaten auf der ganzen Welt. Hierfür könnte den Überlegungen der US-Streitkräfte zufolge eine schnelle Eingreiftruppe, die typischerweise unter Krisenbedingungen eingesetzt wird, per Rakete zum Einsatzort gebracht werden.

Allein die Möglichkeit, den Einsatz des SpaceX-Raumschiffs auch nur zu "demonstrieren" – heißt es in den Dokumenten –, "könnte nicht-staatliche Akteure von aggressiven Handlungen gegen die Vereinigten Staaten abhalten". Doch ist ein solcher Einsatz wirklich noch Science-Fiction? Für John Ross, einen Sprecher des Transportkommandos der US-Streitkräfte, offenbar nicht. Ihm zufolge sei der Starship-Einsatz für Missionen wie den "Embassy Support" schon innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre möglich. Dafür gilt es allerdings noch immer, einige weitere Hürden zu überwinden.

Während US-amerikanische Generäle von raketengestützten Kommandotruppen träumen, die nordafrikanische Aufständische bekämpfen, nehmen ihnen Experten derzeit etwas den Wind aus den Segeln. So fragt William Hartung vom Quincy Institute rhetorisch:

"Was wollen sie tun? Das nächste Bengasi verhindern, indem sie Leute ins All schicken? Das scheint nicht viel Sinn zu ergeben."

Mit seinem Verweis spielt der Forscher auf den Angriff gegen das US-Konsulat im libyschen Bengasi an, bei dem 2012 nach stundenlanger Belagerung sowohl der US-Botschafter als auch drei weitere US-Amerikaner getötet wurden. Der Umstand, dass das Pentagon damals keine Truppen zur Unterstützung schicken konnte, hatte in den USA heftige politische

Debatten ausgelöst.

"Wenn ein Mob eine Botschaft angreift und sie ihr praktisches SpaceX-Raumschiff anwählen, wird es immer noch eine Weile dauern, bis sie dort ankommen ... Es ist fast so, als ob jemand denkt, dass es wirklich toll wäre, Dinge durch den Weltraum zu erledigen, aber nicht über die praktischen Auswirkungen nachgedacht hat", erklärte Hartung dem Portal The Intercept und wies bei dieser Gelegenheit auch auf die "Erfolgsbilanz" des Pentagons bei weltraumgestützten "Fantasiewaffen" wie der "Star Wars"-Raketenabwehr hin. Diese seien lediglich aufwendige Projekte, die riesige Budgets verschlangen, zeitgleich aber zu nichts führten.

Außerdem bleibe ja noch die Frage offen, wo genau eine solche Rakete überhaupt landen soll, führte [Kaitlyn Johnson](#) vom Center for Strategic and International Studies die Kritik von Hartung fort:

"Wenn es sich um eine Stadt handelt, ist es nicht so, dass sie ein Starship neben der Botschaft landen können."

Bei der hypothetischen Rettungsmission für die Botschaft "gibt es immer noch logistische Probleme, wenn es darum geht, die Truppen auf die Trägerrakete zu bringen. Zudem stellt sich die Frage, wo man das Fahrzeug landen könnte und wie man die Truppen vom Landeplatz zur Basis/Botschaft bringt", so Johnson.

Die unverwirklichte Vision US-amerikanischer "Starship Troopers" ist jedoch nicht neu: Bereits in den 1950er Jahren träumte der vormalige Entwickler der V2-Raketen Wernher von Braun davon, US-Truppen statt mit dem Flugzeug oder Schiff per Rakete zu transportieren. In den Sechzigern stellte das Rüstungsunternehmen Douglas Aircraft das "[Project Ithacus](#)" vor, ein Raumschiff, das 1.200 Soldaten in einer Stunde an ihr Ziel bringen sollte. Die zukunftsweisenden Pläne konnten allerdings nie in die Tat umgesetzt werden.

Eines steht allerdings jetzt schon fest: Entgegen seinem angestrebten Image als "Mr. Clean", der jede nur denkbare friedliche Erforschung des Kosmos möglich macht, trägt Elon Musk mit SpaceX ebenso wie derzeit schon mit Starlink zunehmend zur Militarisierung des Weltraums bei – egal, ob seine und die Pläne des Pentagon nun schon alle umsetzbar sind oder Teile davon noch reine Science-Fiction.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b18331b480cc59fc260eb2.jpg>

7:05 de.rt.com: **Weißes Haus schockiert über Peskows Annahme, dass US-Söldner Todesstrafe erhalten könnten**

Das Weiße Haus sei schockiert über die Annahme von Kremlsprecher Dmitri Peskow, dass die in der Ukraine gefangenen US-Söldner die Todesstrafe erhalten könnten. Das verkündete der Koordinator für strategische Kommunikation des Nationalen Sicherheitsrats der USA John Kirby. Er sagte:

"Erstens versuchen wir weiterhin, mehr über diese beiden Personen herauszufinden. Zweitens

ist es entsetzlich, dass ein Beamter in Russland sogar die Möglichkeit der Todesstrafe für US-amerikanische Bürger, die sich in der Ukraine aufhielten, zulässt."

Peskow hatte in einem Interview mit dem US-Sender MSNBC die in der Ukraine gefangen genommenen US-Amerikaner als Glücksritter bezeichnet, die an Angriffen auf das russische Militär beteiligt gewesen seien. Er machte deutlich, dass sie nicht mit Schutz durch die Genfer Konvention rechnen könnten. Zudem schloss Peskow die Verhängung der Todesstrafe gegen die beiden Männer nicht aus und betonte, dass der Kreml kein Recht habe, sich in zukünftige Entscheidungen der Gerichte in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk einzumischen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b2a048b480cc772e744d54.jpg>

Telegram-Kanal des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin: **Erklärung zum Jahrestag des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges**

Liebe Landsleute!

Der 22. Juni ist ein besonderer Tag in der Geschichte unseres Volkes. Wir gedenken derer, die in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs starben, die ihr Leben gaben und dem Feind Widerstand leisteten. Wir gedenken der Häftlinge der Konzentrationslager und aller von den Faschisten ermordeten Menschen.

Einen schrecklichen Preis nahm dieser unmenschliche Krieg vom Donbass. 75.000 bis 100.000 Menschen wurden in die Grube des Bergwerks Nr. 4/4-bis im Kalininskij-Bezirk von Donezk geworden. Massengräber gab es auch im Bergwerk Nr. 4/13 von Makejewka – dort sind etwa 30.000 Menschen begraben. In Gorlowka im Bergwerk „Uslowaja“ haben die Besatzer etwa 14.000 Menschen in eine Grube geworden.

Unsere Pflicht ist es, jedes in den Tagen des Großen Vaterländischen Kriegs umgekommenen Menschen zu gedenken, uns an unsere Großväter und Urgroßväter zu erinnern. Das ist nicht nur unsere Verpflichtung, sondern das Unterpfand unseres Überlebens, unserer Freiheit.

Heute kämpfen wir wieder für diese Freiheit, für die Zukunft unserer Kinder. Und der Feind ist uns bekannt. Wir haben ihn schon bei Moskau, Stalingrad und am Kursker Bogen besiegt, ihn aus Donezk und Charkow vertrieben, ihn in Odessa und Kiew vernichtet. Wir werden ihn auch dieses Mal vernichten.

7:35 de.rt.com: **Russischer Botschafter: Haben keine Anfragen bezüglich der gefangenen US-Söldner erhalten**

Die russische diplomatische Vertretung in der US-Hauptstadt habe keine Appelle bezüglich der beiden in der Ukraine gefangenen US-Söldner erhalten. Das verkündete der russische Botschafter Anatoli Antonow laut [TASS](#) am Dienstag.

Zuvor hatte der Pressechef des US-Außenministeriums Ned Price erklärt, die USA stünden "in Kontakt mit den russischen Behörden bezüglich US-amerikanischer Staatsbürger, die in

der Ukraine gefangen genommen worden sein könnten".

Antonow betonte:

"Die Botschaft wurde nicht kontaktiert. Ich kann den Erhalt eines solchen Appells der US-Amerikaner nicht bestätigen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b298b1b480cc7f0370b9ea.jpg>

8:45 de.rt.com: **Biden erwartet ein "Überlebensspiel" zwischen Russland und der EU um die Ukraine**

US-Präsident Joe Biden hat angedeutet, dass der Konflikt um die Ukraine zu einem Ausdauerwettbewerb zwischen Russland und Europa werden könnte. Er sagte Reportern: "Ich denke, dass es in einem bestimmten Stadium zum Teil ein Abwarten geben wird – was die Russen aushalten können und was Europa bereit ist, auszuhalten."

Dieser Aspekt werde auf dem bevorstehenden NATO-Gipfel in Spanien erörtert werden, so der US-Staatschef. Außerdem hob er hervor, dass er keine Angst vor "Rissen" im Gesamtkonzept des Westens für den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b2a2aab480cc7e1a7f03c9.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 22.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

27 Mann;
6 Schützenpanzerwagen;
8 Fahrzeuge.

4 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 2 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ auf Stachanow abgefeuert.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, hat die Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.

So haben gestern Freiwillige der Gesamtrussischen Volksfront gemeinsam mit der Volksmiliz der LVR Lebensmittelpakete und notwendige medizinische Verbrauchsmaterialien nach Starobelsk und Kremennaja geliefert.

9:10 de.rt.com: **Russischer Botschafter in den USA: Dürfen keine Geschichtsumschreibung zulassen**

Bei einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges rief der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow dazu auf, keine Geschichtsumschreibung zuzulassen. Im Rahmen der Aktion "Die Kerze der Erinnerung" in der russischen Botschaft sagte er:

"Heute ist es besonders aktuell zu betonen: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Geschichte umgeschrieben wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass man hier in Amerika und Westeuropa sagt, die Russen und Deutschen seien schuld an den Ereignissen von 1941 bis 1945. Wir müssen eine klare Trennlinie zwischen diesen Mördern und Henkern und unseren Helden und Befreiern ziehen."

Antonow wies darauf hin, dass der Nazismus im Mai 1945 nicht endgültig besiegt worden sei: "Leider haben wir uns damals getäuscht. Und heute müssen wir diese Wurzeln des Faschismus roden, die auch auf unserem Land, auf dem sowjetischen Land, auf dem Land der Ukraine und an einigen anderen Orten gekeimt sind. Und wir haben zu kämpfen. So ist unser Schicksal."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b2ad2ab480cc7e1a7f03d9.jp>

g

Anatoli Antonow bei einer Veranstaltung im Wilson Center in Washington, D.C.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 22.6.22 um 10:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 320 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“, BM-21 „Grad“ und Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörser **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist und 13, darunter 3 Kinder, wurden verletzt**. 29 Wohnhäuser, 7 zivile Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer „Uragan“, eine Haubitze M-777, 2 Lastwagen und mehr als 30 Mann. 2 Feuerstellungen des Feindes in den Gebieten von Awdejewka und Kurdjmowka wurden beseitigt.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Falls sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, bemühen Sie sich verdeckt Videos oder Fotos der Sachverhalte zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach dem Absenden der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden die genannten Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrechen mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:35 de.rt.com: **Putin-Berater: Wiedervereinigung der südukrainischen Gebiete mit Russland schon im Gange**

Ein Referendum oder ein Beschluss auf der Ebene der gesetzgebenden Organe eines Gebietes eines Landes reicht für die Wiedervereinigung mit einem anderen Staat aus, so der ständige Vertreter der Krim beim russischen Präsidenten und stellvertretende Premierminister der Krim-Regierung Georgi Muradow gegenüber [RIA Nowosti](#). Er erklärte:

"Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die befreiten Gebiete wieder mit der Russischen Föderation zu vereinen. Dies kann ein Referendum als höchste Form des Ausdrucks des Volkswillens oder eine Entscheidung auf der Ebene der gesetzgebenden Behörden dieser Gebiete sein. Solche Praktiken gibt es auch in internationalen Angelegenheiten."

Muradow zufolge sollten die befreiten Gebiete ihren Weg der Wiedervereinigung mit Russland gehen, wie es einst die Krim tat. Er hob hervor:

"Die befreiten Gebiete haben bereits den Weg der Integration in Russland eingeschlagen, unter anderem durch den aktiven Erwerb russischer Pässe durch die lokale Bevölkerung."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b2aa04b480cc247d695612.jpg>

Der ständige Vertreter der Krim beim russischen Präsidenten Georgi Muradow

10:25 de.rt.com: **Platz vor US-Botschaft in Moskau zu Ehren der Volksrepublik Donezk benannt**

Ein unbenanntes Areal nahe der US-Botschaft in Moskau hat den Namen "Platz der Volksrepublik Donezk" erhalten. Dies geht aus einem Dokument hervor, das auf der Website des Moskauer Bürgermeisteramtes veröffentlicht wurde.

Die Initiative zur Benennung des Platzes hatten im Mai Abgeordnete der Moskauer Stadtduma ergriffen. Ursprünglich schlugen sie vor, das Gebiet neben der US-Botschaft "Platz der Verteidiger des Donbass" zu benennen. Bei einer Online-Umfrage gaben die Einwohner der russischen Hauptstadt die meisten Stimmen für den Namen "Platz der Volksrepublik Donezk".

Demnächst soll auch ein Ort in Moskau gewählt werden, mit dem auch die Volksrepublik Lugansk geehrt werden kann. Die Angeordneten der Moskauer Stadtduma haben für diesen Zweck den Platz vor der deutschen Botschaft in Moskau vorgeschlagen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b2c796b480cc7f9f7e8083.jpg>

US-Nationalflagge an der US-Botschaft in Moskau

11:35 de.rt.com: **USAID: Ukraine gibt fünf bis sechs Milliarden US-Dollar pro Monat aus**
Die ukrainischen Behörden geben inmitten des anhaltenden Konflikts monatlich etwa fünf bis sechs Milliarden US-Dollar aus. Das verkündete die Leiterin der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) Samantha Power während einer Rede bei der Weltbank. Sie sagte:

"Die durchschnittlichen monatlichen Kosten dieser Regierung, die mit dem andauernden Krieg fertig werden muss, belaufen sich nach neuesten Berechnungen auf etwa fünf bis sechs Milliarden US-Dollar."

Weiter bezeichnete die US-Beamtin diese Kosten als "schwindelerregend". Sie erklärte, dass die 7,5 Milliarden US-Dollar, die Washington dem ukrainischen Haushalt zugewiesen hat, nicht ausreichen würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b2bf69b480cc772e744d70.jpg>

Leiterin der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) Samantha Power

11:47 de.rt.com: **Getreide-Krise: Türkei führt neue Gespräche mit Russland über sicheren Korridor im Schwarzen Meer**

Die Türkei will mit Russland neue Gespräche führen, über einen sicheren Korridor im Schwarzen Meer zur Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus der Ukraine. Nach Angaben des türkischen Außenministeriums hat die UNO einen Plan zur Erleichterung der Exporte vorgelegt. Dieser sieht vor, sichere Korridore einzurichten.

Die Türkei plant in den kommenden Wochen mit Vertretern Russlands, der Ukraine und der Vereinten Nationen Gespräche aufzunehmen, die darauf abzielen, die Getreideausfuhr aus der Ukraine wieder in Gang zu bringen. Russland koppelt die Getreidefrage allerdings an eine Lockerung der im Zuge des Ukraine-Kriegs verhängten Sanktionen.

Dem geplanten Treffen in Istanbul wird der Besuch einer türkischen Verteidigungsdelegation diese Woche in Moskau vorausgehen, um Einzelheiten eines möglichen sicheren Seekorridors im Schwarzen Meer zu besprechen. Das berichteten die lokalen türkischen Sender NTV Television und CNN Turk. Auch die russische Agentur TASS bestätigte Pläne für Gespräche der türkischen Militärdelegation, unter Berufung auf Kreml-Sprecher Dmitri Peskow.

Die Quellen, die mit Reuters sprachen, sagten, dass ein vierseitiges Treffen zwischen der Türkei, der Ukraine, Russland und den Vereinten Nationen in den kommenden Wochen in Istanbul stattfinden werde. Möglicherweise unter Beteiligung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und des UN-Generalsekretärs António Guterres.

Millionen Tonnen Weizen und anderes Getreide stecken derzeit in ukrainischen Häfen fest, die zum Teil durch russische Streitkräfte blockiert sind. Die Ukraine muss in erster Linie die Seeminen in ihren Gewässern entfernen, damit überhaupt wieder Schiffe aus den ukrainischen Häfen herausfahren können. Nach Angaben des türkischen Außenministeriums hat die UNO

einen Plan zur Erleichterung der Exporte vorgelegt. Dieser sieht vor, sichere Korridore einzurichten.

Gemäß diesem neuen Plan sollen drei Korridore von dem ukrainischen Schwarzmeerhafen Odessa unter der Aufsicht von Kiew zur Verschiffung von ukrainischen sowie russischen Lebensmittelprodukten eingerichtet werden. Dieser Plan würde keine langwierigen und komplexen Minenräumungsoperationen erfordern, sagte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu in der letzten Woche. Die Türkei "unternimmt gemeinsame Anstrengungen mit den Vereinten Nationen für den Export von ukrainischem Getreide über das Schwarze Meer, um eine globale Nahrungsmittelkrise abzuwenden", erklärte Erdoğan's Büro am Dienstag.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b2ce7448fbef41b03b5268.jpg>

Der russische Außenminister Sergei Lawrow spricht mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu bei seinem Treffen am 8. Juni 2022 in Ankara

11:55 de.rt.com: **Medienberichte: Brand an Ölraffinerie im Gebiet Rostow nach Absturz ukrainischer Drohne**

Am Mittwochmorgen ist an der Ölraffinerie in Nowoschachtinsk im russischen Gebiet Rostow Feuer ausgebrochen. Wie die Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf lokale Behörden mitteilte, wurde der Brand durch den Absturz einer ukrainischen Drohne ausgelöst. Die Mitarbeiter der Anlage hätten das Fluggerät vor dem Vorfall in der Nähe der Raffinerie gesichtet, woraufhin dieses gegen den Wärmeaustauscher des Werks gekracht sei und eine heftige Explosion herbeigeführt habe, hieß es. Auf mehreren Telegram-Kanälen wurden Videoaufnahmen der Drohne und des Brandes geteilt.

Einer anderen Quelle von TASS in den Sicherheitskreisen zufolge sollen zwei ukrainische unbemannte Luftfahrzeuge über dem Gelände der Raffinerie erfasst worden sein. Der Gouverneur des Gebiets Rostow, Wassili Golubew, berichtete außerdem auf seinem Telegram-Kanal, dass auf dem Gelände des Werks Fragmente zweier Drohnen sichergestellt worden seien.

Die Nowoschachtinsk-Raffinerie gilt als der größte Lieferant von Ölprodukten in Südrussland. Nach Angaben des lokalen Katastrophenschutzes wurde der Brand an der Anlage inzwischen komplett gelöscht. Verletzt wurde beim Vorfall niemand.

nachmittags:

12:20 de.rt.com: **Russland bereit, Getreideausfuhr aus der Ukraine zu unterstützen**
Maria Sacharowa, die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, hat laut RIA Nowosti erklärt, dass Russland bereit sei, die Getreideausfuhr aus der Ukraine durch ausländische Schiffe zu unterstützen. Sie sagte:

"Die russische Armee hat die notwendigen Voraussetzungen für den sicheren Betrieb von zwei humanitären Seekorridoren im Schwarzen und im Asowschen Meer geschaffen."

Gegenwärtig bestehe die Möglichkeit, die Häfen von Mariupol und Berdjansk für die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu nutzen. Russland sei auch bereit, die Ausfuhr durch ausländische Schiffe zu ermöglichen, sofern sie auf geschmuggelte Waffen kontrolliert werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b2de34b480cc6f8f23fa8e.jpg>
Hafen von Mariupol, Aufnahme vom 21. Juni

12:45 de.rt.com: **DVR meldet 190 getötete Zivilisten seit Beginn der Militäroperation**

Seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine sind in der Donezker Volksrepublik 190 Zivilisten, darunter neun Kinder, getötet worden, weitere 900 Personen wurden verletzt. Dies gab das Oberhaupt der Volksrepublik Denis Puschilin in einer Sendung des Kanals Solowjow LIVE bekannt. Es handele sich dabei um offizielle Angaben. Puschilin fügte hinzu, dass die Behörden der DVR über militärische Verluste keine Angaben machen.

12:46 de.rt.com: **Umfrage: Nur elf Prozent der US-Amerikaner machen Putin für Treibstoffpreise verantwortlich**

Eine neue Umfrage hat gezeigt, dass die US-Bürger ihrer Regierung das Narrativ von "Putins Preiserhöhung" nicht abkaufen. Eine deutliche Mehrheit sieht die Politik des US-Präsidenten in der Verantwortung.

Laut einer am Dienstag veröffentlichten Rasmussen-Umfrage glauben nur elf Prozent der US-Amerikaner, dass der russische Präsident Wladimir Putin für die rekordhohen Benzinpreise in den USA verantwortlich sei. Die Mehrheit gibt stattdessen US-Präsident Joe Biden die Schuld.

Mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Befragten der vergangene Woche durchgeführten Rasmussen-Umfrage nannten Bidens schlechte Energiepolitik als Grund dafür, dass in den USA Benzin unerschwinglich geworden ist, was bedeutet, dass das Narrativ der Regierung über "Putins Preiserhöhung" nicht zu greifen scheint.

Diejenigen, die weder Biden noch Putin verantwortlich machen, beschuldigen die Ölgesellschaften: 29 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Industrie die derzeitige geopolitische Instabilität ausnutzt, um ihre Preise in die Höhe zu treiben.

Biden ist sich vielleicht bewusst, dass sein Narrativ über "Putins Preiserhöhung" nicht mehr stichhaltig ist, und neigt dazu, den Öl- und Gasunternehmen die Schuld an den ruinösen Kosten für das Tanken zu geben. Wobei er die Branche kürzlich beschuldigte, "mehr Geld zu

verdienen als Gott". Der US-Präsident hat darauf bestanden, dass die Ölgesellschaften sich absichtlich mit der Förderung von Öl zurückhalten, "weil sie mehr Geld verdienen, wenn sie nicht mehr Öl fördern".

Zwar haben die USA im März die Einfuhr von Öl und Gas aus Russland verboten, doch lieferte Moskau davor nur zwei Prozent des Bedarfs. Die USA sind ein Nettoexporteur von Gas, sodass die Behauptung, Russland sei für die Rekordpreise an der Zapfsäule verantwortlich, kaum haltbar ist.

Die Preise für Kraftstoffe werden weithin als das entscheidende Thema im Vorfeld der Zwischenwahlen angesehen. Rund 92 Prozent der Wähler sahen in der Umfrage vom Dienstag die steigenden Preise für Gas, Heizöl und andere Brennstoffe als ernstes Problem an, wobei 68 Prozent die Situation als "sehr ernst" bezeichneten.

Da es keine Anzeichen für einen wirtschaftlichen Umschwung in den USA gibt und im November Wahlen anstehen, werden die Wähler wahrscheinlich die Demokratische Partei für ihr wirtschaftliches Leiden verantwortlich machen. Daher könnten beide Häuser des US-Kongresses unter die Kontrolle der Republikanischen Partei fallen.

Nur 27 Prozent der potenziellen Wähler bewerteten Bidens Umgang mit der Wirtschaft als "ausgezeichnet" oder "gut". Dies bedeutet einen Rückgang von fünf Prozentpunkten seit Dezember. Rund 57 Prozent der Befragten bewerteten Bidens Leistung als "schlecht". Fast drei Viertel der US-Amerikaner sind der Meinung, dass sich die Wirtschaft im vergangenen Jahr verschlechtert habe. Nur elf Prozent sind der Meinung, dass sie sich verbessert habe, der Rest blieb unentschieden.

Angesichts der Weigerung der US-amerikanischen Öffentlichkeit, das gewünschte Narrativ über "Putins Preiserhöhung" zu glauben, das Russland die Verantwortung für das US-amerikanische Leiden zuschiebt, werden die US-Politiker immer kreativer. Der ehemalige Finanzminister Larry Summers ging sogar so weit, die Republikaner, die sich weigerten, auf die Unruhen am Kapitol am 6. Januar mit ausreichend Entsetzen zu reagieren, für die steigende Inflationsrate verantwortlich zu machen, die derzeit ein 40-Jahres-Hoch erreicht hat. Summers hat wie viele US-Wirtschaftswissenschaftler eine Rezession innerhalb des kommenden Jahres vorausgesagt. Die US-Finanzministerin Janet Yellen hat die Inflation im vergangenen Jahr, als sie außer Kontrolle geriet, bekanntermaßen heruntergespielt und sie zu einem milden und vorübergehenden Phänomen erklärt. Die Inflation wird weithin als das wichtigste Thema vor den Zwischenwahlen angesehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b2e98d48fbef42c5497456.jpg>

14:09 (13:09) novorosinform.org: **In den letzten 24 Stunden wurden 620 ukrainische Nationalisten liquidiert – Konaschenkow**

Bei der Spezialoperation zum Schutz der Republiken des Donbass wurden am zurückliegenden Tag 620 ukrainische Nationalisten getötet. Dies teilte der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, mit.

„Insgesamt wurden mehr als 620 Nationalisten durch Luftangriffe, Raketentruppen und Artillerie getötet“, sagte er.

Nach aktualisierten Daten wurden 24 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge sowie 27 Spezialfahrzeuge der Streitkräfte der Ukraine zerstört.

Zuvor wurde berichtet, dass die russische Luftwaffe ukrainische Buk-Flugabwehrraketensysteme zerstört habe. Außerdem seien fünf Munitionsdepots der Streitkräfte der Ukraine in den Gebieten Sidorowo, Werchnaja Kamenka, Kurachowo und Miropolja zerstört worden.



https://novorosinform.org/content/images/73/46/47346_720x405.jpg

13:10 de.rt.com: **Indonesiens Präsident plant Treffen mit Putin und Selenskij**

Der indonesische Präsident Joko Widodo reist in der kommenden Woche nach Russland und in die Ukraine. Der Politiker werde sich mit seinen russischen und ukrainischen Amtskollegen Wladimir Putin beziehungsweise Wladimir Selenski treffen, teilte Indonesiens Außenministerin Retno Marsudi am Mittwoch mit. Der südostasiatische Inselstaat hat in diesem Jahr den G20-Vorsitz. Widodo sei das erste Staatsoberhaupt aus Asien, das seit Beginn der militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine die beiden Länder besuche, sagte Marsudi.

Zunächst werde Widodo am 26. und 27. Juni am G7-Gipfel auf Schloss Elmau nahe Garmisch-Partenkirchen teilnehmen. Wann genau er nach Moskau und Kiew reisen wird, sagte die Ministerin nicht. In Bezug auf die geplanten Besuche in Russland und der Ukraine sagte Marsudi:

"Der Besuch ist eine Demonstration der humanitären Bedenken des Präsidenten und Teil der Bemühungen, die durch den Krieg verursachte Nahrungsmittelkrise anzugehen, deren Auswirkungen in allen Ländern zu spüren sind."

Zuvor hatte sich Indonesien geweigert, auf Anforderung der USA und weiterer westlicher Länder Russland von den G20 auszuschließen. Allerdings hat die indonesische Regierung Selenskij zum G20-Gipfel auf Bali im November eingeladen, obwohl die Ukraine kein Mitglied ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b2d07148fbef42c4618cf9.jpg>

Indonesiens Präsident Joko Widodo, Aufnahme vom 29. April

13:35 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainisches Militär erleidet empfindliche Verluste**

Am 21. Juni sind bis zu 500 Angehörige der ukrainischen 59. mechanisierten Brigade, die in den Werkshallen der Schiffswerft in Nikolajew untergebracht waren, durch einen Präzisionsangriff der russischen Luftstreitkräfte getötet worden. Dies meldete der Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, während seines täglichen Presseberichts.

Des Weiteren sollen die Angehörigen der in der Lugansker Volksrepublik kämpfenden ukrainischen 57. Brigade der motorisierten Infanterie ihre Stellungen verlassen haben, nachdem die Brigade über 60 Prozent des Personalbestands verloren habe.

Der Generalleutnant gab überdies bekannt, dass aus der Ortschaft Nikolajewka in der Donezker Volksrepublik bis zu 30 Verwundete und acht getötete britische und US-amerikanische Söldner evakuiert wurden, um ihre Festsetzung durch russische Streitkräfte zu verhindern.

14:00 de.rt.com: **Türkei bestätigt vierseitigen Getreide-Gipfel mit Russland, der Ukraine und der UN**

Das türkische Ministerium für Nationale Verteidigung hat mitgeteilt, dass in Moskau eine Einigung über die Notwendigkeit vierseitiger Gespräche zur Lösung des Problems der Getreideausfuhr aus der Ukraine erzielt wurde. An den Verhandlungen sollen Russland, die Ukraine, die Türkei und die Vereinten Nationen teilnehmen, berichtete RIA Nowosti unter Berufung auf die Behörde. Ein möglicher Termin für die Gespräche wurde zunächst nicht genannt.

Am Vortag hatten sich die Delegationen der russischen und türkischen Verteidigungsministerien bei einem Treffen in Moskau zur Getreide-Krise ausgetauscht. Dabei wurden unter anderem die Lösung der Nahrungsmittelkrise, die Evakuierung von Handelsschiffen mit Getreide aus ukrainischen Häfen sowie der sichere Transport von Flugzeugen der türkischen Streitkräfte vom Flughafen Borispol in die Türkei erörtert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b2fc7ab480cc6d6225ead2.jpg>

15:04 (14:04) novorosinform.org: **Verteidiger von Donbass rücken auf Slawjansk vor**

Die Einheiten der Armeen Russlands und der Republiken des Donbass entwickeln eine erfolgreiche Offensive in Richtung Slawjansk.

Alliierte Truppen seien in der Region Charkow erfolgreich, was es ihnen ermögliche, Offensivoperationen gegen die Stadt Slawjansk in der DVR durchzuführen. Dies berichtet das Portal "Ruskaja Wesna" unter Berufung auf eine militärische Quelle.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Gruppe russischer Truppen einen Angriff auf die Siedlung Krasnopol nördlich von Slawjansk begonnen habe. Der Vormarsch der Verbündeten werde durch verminten Zugänge zur Ortschaft erschwert. Im westlichen Teil der Siedlung werde von beiden Seiten mit Artillerie geschossen, wobei die ukrainischen Kämpfer mit letzter Kraft ausharrten.



https://novorosinform.org/content/images/73/50/47350_720x405.jpg

14:35 de.rt.com: **Zwei ukrainische Kampfflugzeuge abgeschossen**

Das russische Verteidigungsministerium hat den Abschuss von zwei ukrainischen Kampfflugzeugen am 21. Juni bekannt gegeben. Ein Erdkampfflugzeug vom Typ [Su-25](#) sei im Gebiet Nikolajew, ein weiterer [MiG-29](#)-Jäger im Gebiet Dnepropetrowsk abgeschossen worden, meldete der Pressesprecher des Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow.

Außerdem seien 16 ukrainische Drohnen abgeschossen sowie drei Raketen vom Typ [Totschka-U](#) abgefangen worden. Insgesamt wurden nach Angaben des Verteidigungsministeriums seit Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine unter anderem 211 Flugzeuge, 132 Hubschrauber, 1.308 Drohnen sowie 3.733 Panzer zerstört.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b306ccb480cc71f719049f.jpg>

Wrackteil eines abgeschossenen ukrainischen Su-25-Kampfflugzeugs

14:54 de.rt.com: **Taiwan: Chinesische Kampffjets und Bomber vor Südwestküste abgefangen**

Laut Taiwans Verteidigungsministerium haben taiwanesishe Jets eine chinesische Staffel von insgesamt 29 Militärflugzeugen abgefangen. Es soll sich Taipeh zufolge um den drittgrößten Vorfall in Taiwans Luftverteidigungszone in diesem Jahr handeln.

Taiwans Verteidigungsministerium zufolge haben taiwanesishe Abfangjäger am Dienstag 29 chinesische Kampfflugzeuge, Bomber und Unterstützungsflugzeuge vor der Südwestküste der Insel abgefangen.

Die chinesischen Militärflugzeuge sollen laut Taipeh durch den Kanal zwischen Taiwan und den Philippinen in den Pazifischen Ozean geflogen und auf demselben Weg wieder zurückgekehrt sein. Dies sei der drittgrößte Vorfall in Taiwans Luftverteidigungszone in diesem Jahr.

Bei den chinesischen Flugzeugen habe es sich um sechs H-6-Bomber, 17 Kampfflugzeuge und weitere sechs Unterstützungsflugzeuge gehandelt, teilte das taiwanesishe Militär mit. Einige der chinesischen Militärmaschinen sollen nordöstlich des Pratas-Atolls im Südchinesischen Meer geflogen sein, während die Bomber und zwei Begleitflugzeuge die Route über den Bashi-Kanal in den Pazifik genommen haben sollen, bevor sie auf demselben Weg zurückgekehrt seien.

Taiwan gibt an, Abfangjäger geschickt zu haben, um die chinesischen Flieger abzufangen. Zudem will Taipeh auch Raketensysteme eingesetzt haben, um die "Eindringlinge" zu verfolgen. Schon am 30. Mai sollen 30 Jets durch die taiwanesishe Luftverteidigungszone geflogen sein, am 23. Januar dieses Jahres sogar insgesamt 39 Flugzeuge.

"Grauzonenkrieg" von China?

Die taiwanesishe Luftverteidigungszone erstreckt sich weit über den taiwanesischen Luftraum hinaus auf das chinesische Festland, sodass selbst die Routineflüge der chinesischen Luftwaffe in den chinesischen Luftraum technisch als Zwischenfälle gelten. Taipeh hat Peking jedoch wiederholt vorgeworfen, einen "Grauzonenkrieg" zu führen, indem es militärische Mittel einsetze, um Taiwans Verteidigung zu testen und das Militär der Insel durch

wiederholte Einsätze zu ermüden.

China erklärte, man wolle mit der jüngsten Zunahme der militärischen Aktivitäten auf See und in der Luft "geheime Absprachen" zwischen den "taiwanesischen Unabhängigkeitskräften" und der US-Regierung verhindern.

US-Präsident Joe Biden hatte im März erklärt, dass Washington vertraglich verpflichtet sei, sich in jeden Konflikt zwischen China und Taiwan einzumischen. Nur wenig später nahmen seine Berater diese Äußerungen jedoch wieder zurück und betonten, dass sich die Politik der USA nicht geändert habe. Letztes Jahr hatte die taiwanesisch Präsidentin Tsai Ing-wen gesagt, sie "vertraue" darauf, dass die USA im Fall eines bewaffneten Konflikts eingreifen würden.

Taiwan ist seit 1949 ein Streitpunkt zwischen China und den Vereinigten Staaten. Seinerzeit hatte die nationalistische Kuomintang den Bürgerkrieg gegen die Kommunisten in China verloren und die Insel mit US-amerikanischer Hilfe besetzt. Die USA erkannten Taipeh bis 1978 als "Republik China" an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b2e45e48fbef446622b2a0.jpg>

F-16-Kampfflugzeug der taiwanesischen Luftwaffe, das neben einem H-6K-Bomber der chinesischen Luftstreitkräfte fliegt, Aufnahme vom 18. Mai 2018

15:00 de.rt.com: **Gebiet Cherson: Chef des Dorfes Tschernobajewka entkommt Mordanschlag**

Die Behörden des Gebiets Cherson haben einen versuchten Anschlag gegen den Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Dorfes Tschernobajewka, Juri Turuljow, gemeldet. Wie RIA Nowosti unter Berufung auf einen Mitarbeiter der lokalen Verwaltung [berichtete](#), explodierte am Mittwochmorgen eine Mine auf der Straße, wo Turuljows Auto unterwegs war. Diese sei im Gras in der Nähe einer Kreuzung unter dem Zaun eines Grundstücks gelegt worden. Bei dem Mordversuch sei der Beamte leicht verletzt worden, hieß es.

Die Explosion verursachte Schäden an den Gebäuden in der Nachbarschaft, verletzte aber niemanden der Einheimischen oder des Sicherheitspersonals.

15:35 de.rt.com: **"Gefahr einer sehr ernstzunehmenden Wirtschaftskrise": Lindner schwört Bürger auf Entbehrungen ein**

Bundesfinanzminister Lindner warnt vor einer Wirtschaftskrise in den nächsten Monaten. Der FDP-Politiker schwor die Bürger auf eine lange, entbehrungsreiche Phase ein. Man habe drei bis fünf Jahre vor sich, in denen Engpässe und "Knappheit" drohen.

Die Preise für Energieträger steigen, auch Lebensmittel werden immer teurer. In den kommenden Monaten müssen die Verbraucher wohl unter anderem mit deutlich steigenden Preisen bei zahlreichen Milchprodukten rechnen. Die Hauptgründe dafür seien laut Vertretern der Milchwirtschaft extrem steigende Produktionskosten, etwa für Dünger, Futter und Treibstoffe.

Die Konjunktur in Deutschland wird nach Ansicht des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) "durch den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Preissteigerungen sowie unterbrochene Lieferketten schwer belastet". Der Industrieverband BDI, der seine Konjunkturprognose am Dienstag beim "Tag der Industrie" drastisch nach unten korrigiert hatte, erwartet für 2022 nur noch ein Wachstum um etwa 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Die hohe Inflationsrate dürfte auch den privaten Konsum dämpfen.

Die Spitzenpolitiker der "Ampel"-Koalition wollen nun über mögliche Maßnahmen gegen die Preissteigerungen insbesondere von Gas und anderen Energieträgern beraten. Aber bereits vor dem Treffen stimmte der Bundesfinanzminister Christian Lindner die Bevölkerung hierzulande auf schwere Zeiten ein. Am Dienstagabend sagte der FDP-Chef in der ZDF-Sendung "heute-journal":

"Meine Sorge ist, dass wir in einigen Wochen und Monaten eine sehr besorgniserregende Situation haben könnten."

Es gehe um drei bis vier, vielleicht fünf Jahre der "Knappheit" und "Engpässe".

"Es besteht die Gefahr einer sehr ernstzunehmenden Wirtschaftskrise aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise, aufgrund der Lieferketten-Probleme, aufgrund auch der Inflation." Der FDP-Chef betonte, dass das oberste Ziel nun sein müsse, die Inflation zu stoppen.

"Nicht nur wegen der Wirtschaft, sondern weil viele Menschen auch Sorgen haben, ob sie das Leben bezahlen können."

Auch beim "Tag der Industrie", wo Lindner zu Gast war, mahnte er an, dass es nun darum gehe, in diesen "Zeiten der Unsicherheit die Substanz der deutschen Wirtschaft" zu verteidigen.

In der ZDF-Sendung wies Lindner darauf hin, dass man im Kampf gegen die hohen Energiepreise auch Fracking und eine Laufzeitverlängerung der Nutzung von Kernenergie nicht ausschließen solle.

"Es darf jetzt keine Denk-Tabus geben, wenn es darum geht, die Preisentwicklung für die Menschen zu kontrollieren."

Seine Koalitionspartner sind jedoch dagegen. Die SPD ebenso wie Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich eher bei der Nutzung von Kohle offen. So hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in dieser Woche erklärt, dass angesichts geringerer russischer Gaslieferungen verstärkt Kohlekraftwerke zum Einsatz kommen sollen. Die Spitzen von SPD, Grünen und FDP sollen sich am Abend beim Bundeskanzler Olaf Scholz zu einem Koalitionsausschuss treffen. Lindner betonte im ZDF:

"Mich befriedigt jedenfalls nicht, dass wir die klimaschädliche Kohle verlängern, die Möglichkeiten der Kernenergie aber nicht einmal in Erwägung ziehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b2e9c848fbef42c4618d1f.jpg>

16:00 de.rt.com: **Kadyrow kündigt baldige Einkesselung von Lissitschansk an**

Die alliierten Truppen Russlands und der Volksrepublik Lugansk stehen kurz davor, die Stadt Lissitschansk einzukesseln. Dies berichtete der Chef der Republik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, auf seinem Telegram-Kanal.

Am Vortag war bekannt geworden, dass die verbündeten Streitkräfte die Positionen am Stadtrand von Lissitschansk eingenommen haben. Jedoch wies die Volksmiliz der LVR darauf hin, dass das Kommando noch keine Entscheidung über eine physische Umzingelung der Ortschaft getroffen habe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b3159948fbef446f5c833c.jpg>

Ramsan Kadyrow bei einer Rede vor russischen Militärangehörigen in Grosny

16:30 de.rt.com: **USA: Lösung der Situation in der Ukraine liegt in weiter Ferne**

Die Beilegung des Konflikts in der Ukraine liegt in weiter Ferne. Dies hat die US-Unterstaatssekretärin Wendy Sherman erklärt und betont, dass Washington keine Entscheidungen an Kiew statt treffen werde. Weiter hieß es:

"Die Situation ist sehr schwierig. Wir werden mit der Ukraine zusammenarbeiten, wir werden mit Europa zusammenarbeiten, wir werden mit den Verbündeten in der ganzen Welt zusammenarbeiten, um der Ukraine zu helfen, sich zu verteidigen und ihre Zukunft selbst zu bestimmen."

Des Weiteren wies Sherman darauf hin, dass die USA auch Verständnis für die legitimen Sicherheitsbedenken Russlands hätten und bereit seien, mitzuwirken, um diese zu beseitigen.

16:51 de.rt.com: **"Kreml-Forscherin" einer US-Lobbygruppe fällt auf russischen Satire-Artikel herein**

Eine selbsternannte Russland-Expertin, die für eine US-Lobbygruppe arbeitet, hat sich in den sozialen Medien bis auf die Knochen blamiert. Olga Lautman schaffte es nicht, einen russischen Satire-Artikel als solchen zu erkennen, und echauffierte sich auf Twitter über die vermeintlich echte Nachricht. Eine Reaktion der Satire-Webseite ließ nicht lange auf sich warten.

Eine Top-Lobbyistin der US-amerikanischen Lobbygruppe "Center for European Policy Analysis" (CEPA) mit Sitz in Washington ist auf einen Artikel der russischen Satire-Webseite Panorama hereingefallen.

Olga Lautman, die sich selbst als "Kreml-fokussierte" Analystin und Forscherin bezeichnet,

hat eine große Fangemeinde in den sozialen Medien, die sie mit Geschichten über angebliche ruchlose russische Aktivitäten erfreut. Das Ziel des CEPA ist es, den US-amerikanischen Einfluss in Osteuropa zu stärken. Zu diesem Zweck wird es von der NATO, westlichen Waffenherstellern und der US-Regierung finanziert.

„Panorama“ [veröffentlichte](#) am Montag einen kurzen Beitrag in den sozialen Medien, in dem behauptet wurde, dass der führende russische Fernsehsender „Perwy Kanal“ einen großen Beitrag über angeblich "randalierende faschistische Banden in Kasachstan" ausgestrahlt habe. In der Originalmeldung hieß es:

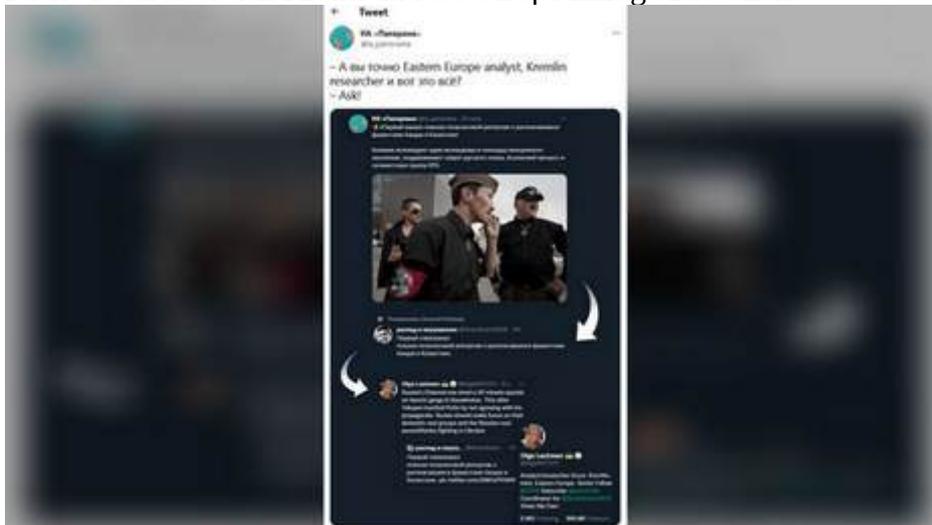
"Die Militanten bekennen sich zum Neonazismus und zum Völkermord an der nicht-heimischen Bevölkerung, unterstützen das Verbot der russischen Sprache, den Bologna-Prozess und die satanistische Gruppe BTS."

Diese "Nachricht" wurde durch ein altes Foto illustriert, das in den frühen 2010er Jahren aufgenommen wurde und Mitglieder der mongolischen Neonazi-Gruppe Tsagaan Chas (was so viel wie "Weißes Hakenkreuz" bedeutet) zeigt.

Der Beitrag von Panorama verbreitete sich in den sozialen Medien und wurde von einigen Nutzern als echt aufgefasst. Der satirische Kurzfilm gelangte schließlich zu Lautman, die sich einer riesigen Armee von über 260.000 Abonnenten rühmen kann. Zu der "Nachricht" von Panorama lieferte Lautman dann eine eigene ausführliche "Analyse". Sie schrieb:

"Der russische Fernsehsender Channel One hat ein 30-minütiges Special über faschistische Banden in Kasachstan ausgestrahlt. Und das, nachdem [Kasachstans Präsident Qassym-Schomar] Toqajew [den russischen Präsidenten Wladimir] Putin beleidigt hatte, weil dieser mit dessen Propaganda nicht einverstanden war. Russland sollte sich wirklich auf seine heimischen Nazi-Gruppen und die russischen Nazi-Paramilitärs konzentrieren, die in der Ukraine kämpfen."

Während Lautman ihren Fehler offenbar sofort einsah und den beleidigenden Tweet still und leise löschte, entging Panorama das Versagen der Expertin nicht. Die Satire-Webseite ließ keine Gelegenheit aus, sich über die vermeintliche Expertin lustig zu machen und deren Fachwissen über den Kreml und Osteuropa infrage zu stellen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b30c0ab480cc6e6c41c9fb.png>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 22. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 28 befreiten Ortschaften wurden Renten- und Sozialzahlungen durchgeführt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 4000 Menschen.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an

Hochspannungsleitungen und Unterstationen in Mariupol, Wolnowacha, Olginka und Berdjansk durchgeführt.

Der Ordshonikidsewskij-Bezirk von Mariupol wurde an die Wasserversorgung angeschlossen. In Krasnyj Liman wurde ein Objekt der Wasserversorgung über einen Generator wieder in Betrieb genommen.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 2 Hektar Territorium und mehr als 4000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 137 explosive Objekte entschärft.**

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:00 de.rt.com: **Stromnetz des Gebiets Kaliningrad wird für Inspektion in Inselbetrieb genommen**

Das Stromnetz des Gebiets Kaliningrad wird am 25. Juni zu Inspektionszwecken in den Inselbetrieb genommen. Dies hat der Pressedienst der Regionalregierung mitgeteilt:

"Am 25. Juni 2022, von 9:00 bis 18:00 Uhr, wird das Kaliningrader Gebiet das Stromnetz im isolierten Modus in vollem Umfang testen."

Zuvor hatte der Gouverneur des Gebiets, Anton Alichanow, erklärt, dass der Fährbetrieb des Kaliningrader Gebiets die zusätzlichen Ladungen trotz der Transitbeschränkungen durch Litauen bewältigen werde.

Lug-info.com: **Vertreter der Regierung der LVR haben am 81. Jahrestag des Beginn des Großen Vaterländischen Kriegs Blumen am der Ruhmessäule und am Grab des Unbekannten Soldaten in Lugansk niedergelegt.**

An der Veranstaltung nahmen das Oberhaupt der LVR Leonid Paseschnik, Abgeordnete des Volkssowjets, Vertreter der Stadtverwaltung von Lugansk, von Veteranenorganisation, Schüler des Lugansker Kosaken-Kadettekors, Aktivisten der militärisch-patriotischen Bewegung „Junge Garde – Jungarmee“ und andere nicht gleichgültige Einwohner der Hauptstadt der Republik.

„Vor genau 81 Jahren haben die faschistischen deutschen Besatzer unsere Heimat überfallen. Heute finden in Lugansk, wie in tausenden Städten der Russischen Föderation, Veranstaltungen zum diesem Trauertag statt. Heute müssen wir uns an diesen Tag erinnern, dies unserer jungen Generation weitergeben“, sagte der Bürgermeister von Lugansk Manolis Pilawow. „Dies ist noch aktueller, weil der Krieg in unserem Land heute weitergeht. Wir warten darauf, dass unsere Streitkräfte unser Territorium befreien und uns so die Möglichkeit geben im Rahmen unserer Grenzen über einen Beitritt zur Russischen Föderation nachzudenken“. ...



<https://storage.lug-info.com/cache/6/8/8b7cd7ce-a7f8-4982-b331-1074347c154e.jpg/w700h474%7Cwm>

17:30 de.rt.com: **Deutschland bereitet Lieferung von Mars II-Mehrfachraketenwerfern an die Ukraine vor**

Nachdem am Dienstag sieben Panzerhaubitzen als erste deutsche schwere Waffen direkt an die Ukraine geliefert worden waren, hat Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht am heutigen Mittwoch die Lieferung von drei Mehrfachraketenwerfern des Typs Mars II angekündigt. Noch im Juni soll die Ausbildung der ukrainischen Soldaten an den Raketenwerfern starten. Großbritannien und die USA werden zusammen weitere sieben Raketenwerfer liefern.

Lambrecht gab sich zuversichtlich, dass die Ukraine die deutschen Raketenwerfer nicht für Angriffe auf russisches Territorium nutzen werde. Angeblich habe ihr dies der ukrainische Verteidigungsminister Aleksei Resnikow zugesichert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b323cb48fbef48cd26d026.jpg>

Mehrfachraketenwerfer vom Typ Mars II

Telegram-Kanal Donbass reschajet: **In der DVR wurde eine neue Wasserleitung geöffnet**, teilte der Zivilschutzminister der DVR Alexej Kostrukbizkij mit. Es wird mehr Wasser geben, aber der Zeitplan wird dennoch derselbe bleiben.

Durch diese Wasserleitung werden pro Tag 20.000 Kubikmeter Wasser in den Kanal Sewerskij Donez – Donbass gelangen.

Mit der Inbetriebnahme einer zweiten Pumpe wird die Kapazität auf 35.000 Kubikmeter gesteigert.

Die Wasserleitung bauten die Unternehmen „Moswodokanal“ und „Woda Donbassa“.
„Dies wird es ermöglichen, die Wasserversorgung für Donezk, Makejewka, Jassinowatja nicht vollständig einzustellen“, sagte der Minister.

Derzeit gibt es alle 2 bis 3 Tage in den Städten der DVR für einige Stunden Wasser.

17:39 de.rt.com: **Tschechischer Energiepolitiker: Wir werden alles tun, um die Menschen im Winter warm zu halten**

Ab dem 1. Juli übernimmt Tschechien die EU-Ratspräsidentschaft. Laut dem Botschafter für Energiesicherheit des Landes werde Prag es sich zum Hauptziel der Gemeinschaft machen, die Gasspeicher vor der Heizperiode im Winter aufzufüllen.

Der tschechische Botschafter für Energiesicherheit Vaclav Bartuška hat versprochen, dass sein Land alles in seiner Macht Stehende tun werde, um Wärme und Strom zu erzeugen, wenn die Gasversorgung in diesem Winter knapp wird. Laut Euractiv sagte er am Montag vor Journalisten in Brüssel:

"Im Grunde genommen haben wir eine Wiederholung des Ölschocks von 1973. Wenn in diesem Winter das Gas ausgeht, werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um unsere Leute warm zu halten und Strom zu erzeugen."

Bartuškas Kommentare erfolgten im Vorfeld der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli beginnt und sechs Monate dauern wird.

Dem Beamten zufolge ist es immer noch möglich, die EU vor der Heizperiode mit Gas zu versorgen, wenn die EU-Länder langfristige Verträge mit LNG-Lieferanten unterzeichnen.

Die EU-Kommission war in der Vergangenheit zwar nicht bereit, solche Verträge zu unterzeichnen, die Situation habe sich jedoch geändert, so Bartuška. Er fügte hinzu:

"Vor einem Jahr, vor einem halben Jahr oder vor vier Monaten hätte man das vom Kommissar nicht gehört. Es gibt ein klares Einvernehmen darüber, dass die Mitgliedsstaaten überleben müssen, die Regierungen müssen den Winter überleben."

Weiter erklärte der tschechische Beamte, dass während der EU-Ratspräsidentschaft seines Landes das Hauptziel der Gemeinschaft darin bestehen werde, die Gasspeicher vor der Heizperiode im Winter mit genügend Vorräten zu füllen. Prag werde sich auch auf die Förderung gemeinsamer Gaseinkäufe konzentrieren und beabsichtige, die Umsetzung des REPower-Programms der EU-Kommission zu beschleunigen, das die Abhängigkeit der EU von russischem Gas bis Ende des Jahres um zwei Drittel reduzieren und den Übergang der EU zu "grüner" Energie vorantreiben soll.

Nach Ansicht des Botschafters ist Letzteres bereits in die Wege geleitet worden. Die steigenden Energiepreise und die politischen Probleme könnten der EU tatsächlich helfen, ihre Klimaziele zu erreichen. Er hob hervor:

"Viele Entscheidungen werden von den Menschen selbst getroffen. Glauben Sie, dass die Menschen im Moment Gasheizungen kaufen werden? Wahrscheinlich nicht."

Bartuška fügte hinzu, dass in der Tschechischen Republik in den letzten Monaten ein "enormer Anstieg" der Zahl der installierten Wärmepumpen und Solarkollektoren zu verzeichnen war.

"Der Übergang wird hart und kompliziert sein, aber wir werden gewinnen. Und die Gewinner werden grüne Technologien sein. Es wird nur einige Zeit dauern. Und in fünf Jahren werden wir uns fragen, warum wir überhaupt Erdgas zur Stromerzeugung verbrannt haben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b2daceb480cc6f3d15c894.jpg>

17:52 de.rt.com: **Internationale Energieagentur warnt Europa vor vollständigem Stopp russischer Gaslieferungen**

Der Chef der Internationalen Energieagentur Birol äußert nachdrückliche Empfehlungen an die europäische Spitzenpolitik "alternde Atomkraftwerke" offenzuhalten und dazu noch andere Notfallmaßnahmen zu ergreifen. Europa sollte sich unverzüglich auf die vollständige Einstellung der russischen Gasexporte in diesem Winter vorbereiten.

Fatih Birol, Leiter der Internationalen Energieagentur (IEA), teilte der Financial Times (FT) seine Befürchtungen mit, dass "Russlands Entscheidung, die Gaslieferungen an europäische Länder in der vergangenen Woche zu reduzieren, ein Vorläufer für weitere Kürzungen sein könnte", so die Darlegungen im [Artikel](#) der FT. Birol vermutet, dass Moskau versuche, während der laufenden Kriegshandlungen in der Ukraine "darüber ein Druckmittel" zu erlangen. Der IEA-Chef wörtlich in dem Gespräch mit der FT:

"Europa sollte für den Fall vorbereitet sein, dass russisches Gas vollständig abgeschnitten wird. Je mehr wir uns dem Winter nähern, desto mehr verstehen wir die Absichten Russlands. Ich glaube, dass die Kürzungen darauf abzielen, zu vermeiden, dass Europa die Speicher füllt, und Russlands Einfluss in den Wintermonaten zu erhöhen."

Das Gespräch entstand im Vorfeld der Veröffentlichung eines neuen IEA-Investitionsberichts in der Wochenmitte, in dem davor gewarnt werden wird, dass "die Regierungen noch nicht genug tun, um Investitionen in erneuerbare Energien zu fördern, um die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen einzudämmen", so die Formulierung im FT-Artikel.

Die Internationale Energieagentur gilt als Institution, die in erster Linie von den OECD-Mitgliedern finanziert wird. Sie stellt eine Kooperationsplattform im Bereich der Erforschung, Entwicklung, Markteinführung und Anwendung von Energietechnologien dar und verfügt "über strategische Ölreserven, mit denen sie in den Ölmarkt eingreifen kann", so der [Wikipedia-Eintrag](#) zur IEA. Sie [koordiniert](#) aktuell 30 Mitgliedsländer, inklusive der Europäischen Union. Die Bundesregierung wird bei der IEA federführend durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz vertreten.

Die Nutzung vorhandener Kohleverstromung sei richtig und nachvollziehbar, trotz der Diskussion um wiederkehrende Belastungen für die Umwelt. Alle zusätzlichen CO₂-Emissionen aus der Verbrennung würden durch "eine Beschleunigung der europäischen Pläne zur Verringerung der Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen und zum Aufbau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten ausgeglichen", so der IEA-Chef gegenüber der FT. Birol warnte davor, dass die bisher "von den europäischen Regierungen ergriffenen Maßnahmen wahrscheinlich nicht weit genug gingen", sollten die russischen Exporte zeitnah vollständig unterbrochen werden. Die betroffenen Länder sollten entsprechende Gegenmaßnahmen zeitnah in die Wege leiten, "um die Vorräte zu erhalten, damit die Lager

vor den Wintermonaten gefüllt werden könnten". Eine weitere Mutmaßung lautet: "Ich glaube, dass die Regierungen in Europa mehr und tiefgreifendere Maßnahmen ergreifen werden, wenn der Winter näher rückt."

Birol empfahl der Politik der gelisteten Mitgliedsnationen, die in mehreren Ländern eingeleitete oder geplante Abschaltung von Kernkraftwerken hinauszuzögern, "um die Menge des für die Stromerzeugung verbrauchten Gases zu begrenzen". Er nannte dabei explizit keine Länderbeispiele, betonte aber gegenüber der FT, dass "alle Länder in Betracht ziehen sollten, die Stilllegung [von Kernkraftwerken] zu verschieben, solange die Sicherheitsbedingungen gegeben sind".

Weitere Gedanken zu der sich anbahnenden Energieversorgungskrise seitens des IEA-Leiters laut dem Artikel der FT:

"Wenn die Regierungen nicht das Ruder in die Hand nehmen und umfangreiche Mittel für eine saubere Energiewende mobilisieren, werden wir mit extremen Schwankungen der Energiepreise zu kämpfen haben.

Die relative Schwäche der Investitionen in saubere Energien in weiten Teilen der Entwicklungsländer ist einer der beunruhigendsten Trends."

Die internationalen Staaten seien weiterhin "mit gefährlichen Schwankungen bei den Öl- und Gaspreisen konfrontiert", sollten keine Maßnahmen "zur deutlichen Reduzierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe ergriffen werden", so Birol.

Die finale Einschätzung lautete in dem Gespräch, dass sich zwar "einige positive Anzeichen für wachsende Investitionen in sauberere Energieformen" abzeichnen würden, "die zum Teil auf den Wunsch Europas zurückzuführen seien, seine Abhängigkeit von russischer Energie zu überwinden", doch das Gesamtbild sei "weltweit bestenfalls gemischt". Laut der IEA-Veröffentlichung würde erwartet, dass die Gesamtinvestitionen im Energiebereich in diesem Jahr um 8 Prozent auf 2,4 Mrd. Dollar steigen werden, wobei "das Wachstum auf erneuerbare Energien und höhere Kosten" zurückzuführen sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b2f88eb480cc6e6c41c9dc.jpg>

abends:

18:00 de.rt.com: **Nach Anschlagsserie: Inhaftierte "Mossad-Agenten" sollen Mordaktionen in Iran geplant haben**

Unter mysteriösen Umständen sind in den letzten zwei Monaten mehrere Iraner ums Leben gekommen. Teheran meldet nun, drei "Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad", die im April festgenommen worden waren, hätten die Ermordung iranischer Atomwissenschaftler geplant.

Iranische Behörden [teilten](#) am Dienstag mit, die drei im April festgenommenen "Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad" hätten geplant, iranische Atomwissenschaftler gezielt zu ermorden. "Die Verhaftung dieser Mossad-Agenten folgte einer komplizierten Geheimdienstoperation, die acht Monate dauerte", sagte Mehdi Shamsabadi, der

Generalstaatsanwalt in der Provinz [Sistan und Belutschistan](#) im Südosten Irans. Bereits in einer Erklärung am 20. April hatte das iranische Geheimdienstministerium die Verhaftung der drei Mossad-Agenten bekannt gegeben. Zu den Nationalitäten der mutmaßlichen Agenten machte Iran keine Angaben.

Iran und Israel liefern sich seit Langem einen Schattenkrieg, der sich in letzter Zeit verschärft hat. In den letzten Monaten kam es in Iran zu zahlreichen Mordanschlägen auf iranische Wissenschaftler und Offiziere der Iranischen Revolutionsgarde.

Zwei iranische Wissenschaftler, die Anfang dieses Monats plötzlich verstorben sind, sollen angeblich vom israelischen Geheimdienst vergiftet worden sein. Dies erklärte ein iranischer Beamter in einem am Montag veröffentlichten Bericht der [New York Times](#). Die Meldung erfolgte wenige Tage nach dem tödlichen Verunglücken von zwei Luft- und Raumfahrtexperten der Iranischen Revolutionsgarde bei ihren Einsätzen unter mysteriösen Umständen. Den Auftakt der Serie stellte vermutlich die Ermordung des iranischen Offiziers Sajjad Chodai dar, der Oberst der Quds-Einheit war. [Quds-Einheit](#) (oder Qods-Brigaden) nennt sich der im Ausland operierende Arm der Iranischen Revolutionsgarde. Iran macht regelmäßig den israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad für diverse Anschläge auf Atomanlagen und für die Ermordung von Nuklearwissenschaftlern verantwortlich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b30abdb480cc6f8f23fac9.jpg>

18:00 de.rt.com: **Putin unterzeichnet Dekret über Tilgung von Russlands Fremdwährungsschulden in Rubel**

Wladimir Putin hat ein Dekret über das vorübergehende Verfahren zur Erfüllung staatlicher Auslandsverbindlichkeiten über Anlagekonten in Rubel unterzeichnet. Das Papier wurde auf dem offiziellen Internetportal für juristische Informationen veröffentlicht.

Das Dokument sieht die Eröffnung eines Anlagekontos in Rubel auf den Namen eines oder mehrerer ausländischer Verwahrer vor, ohne dass deren Vertreter persönlich anwesend sein müssen. Die Begünstigten dieser Konten sind die Inhaber russischer Eurobonds.

Ende Mai hatte das US-Finanzministerium verkündet, dass es nicht beabsichtige, Russlands Lizenz zur Bedienung seiner Auslandsschulden in Dollar zu verlängern. Das russische Ressort hatte wiederum gewarnt, die Entscheidung der US-Behörden verletze vor allem die Rechte ausländischer Investoren und untergrabe das Vertrauen in die westliche Finanzinfrastruktur.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b3290848fbef48cd26d02e.jpg>

18:30 de.rt.com: **Ukrainische Verbände bei Gorskoje und Solotoje vollständig eingekesselt**

Der Oberstleutnant der Lugansker Volksmiliz, Andrei Marotschko, hat über Telegram die vollständige Einkesselung der um die Ortschaften [Gorskoje](#) und [Solotoje](#) stationierten ukrainischen Verbände [verkündet](#). Die Anzahl der ukrainischen Militärangehörigen dort war zuvor vom Assistenten des Innenministers der Lugansker Volksrepublik, Witali Kiseljow, auf über 1.300 geschätzt worden, darunter etwa 100 ausländischer Söldner.

Marotschko erklärte außerdem in einer Sendung des Fernsehkanals Rossija 24, dass eine Gruppe von ausländischen Söldnern in der Nähe von Gorskoje und Solotoje vernichtet und dabei "wertvolle Trophäen" aus ausländischer Produktion erbeutet worden seien.

19:00 de.rt.com: **Stellvertretender russischer Ministerpräsident: Bau von Wohngebieten in Mariupol bereits begonnen**

Der Bau von Wohngebieten in Mariupol sei in vollem Gange. Dies hat der stellvertretende russische Ministerpräsident Marat Chusnullin verkündet. Der Gesamtplan für den Wiederaufbau der Stadt werde innerhalb eines Monats genehmigt, hieß es weiter. Zudem wies der stellvertretende Ministerpräsident darauf hin, dass die Kosten für den Wiederaufbau von Mariupol "ziemlich hoch" sein würden. Marat Chusnullin betonte, alle Gebäude seien dabei bereits vermessen worden, die Regierung wisse, was repariert und was abgerissen werden müsse. Auch das Hüttenwerk Asow-Stahl werde wieder in Betrieb genommen, so Chusnullin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b332aa48fbef446f5c8368.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der**

Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 22.06.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 200 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ und BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 82mm- und 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 2 Zivilisten, darunter ein Kind, geb. 2022, 4 wurden verletzt, darunter 2 Kinder geb. 2009 und 2016**. 15 Wohnhäuser und 5 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte friedliche Einwohner und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, eine Haubitze M-777, ein Lastwagen und mehr als 20 Mann. 3 Feuerstellungen des Feindes in den Gebieten von Awdejewka und Kudrjumowka wurden beseitigt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausübung ihrer militärischen Pflicht starben und 7 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

20:09 (19:09) novorosinform.org: **Das Fernsehzentrum in Donezk stellte die Übertragung aufgrund von Schäden nach dem Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte ein**

Die Nachrichtenagentur Donetsk gab die Aussetzung der Sendungen aus dem Petrowskij TV Center in Donetsk wegen schwerer Schäden nach Artilleriebeschuss der Streitkräfte der Ukraine bekannt, schreibt TASS.

Der Petrovskij-Bezirk liegt an vorderster Front und war seit Beginn des Konflikts im Südosten der Ukraine einer der am stärksten von terroristischen Bombenangriffen der ukrainischen Seite betroffen.

„Infolge des Beschusses wurde das Fernsehzentrum schwer beschädigt, daher wurden die Sendepläne geändert, die Übertragung von diesem Zentrum wurde eingestellt. Es gibt keine Ausstrahlung analoger Kanäle. Der Turm steht, aber die Ausrüstung ist stark beschädigt“, erklärte Alexander Tschebotarew.

Er fügte hinzu, dass die Reparaturarbeiten beginnen würden, wenn "der Beschuss etwas nachlässt".



https://novorosinform.org/content/images/73/86/47386_720x405.jpg

19:14 de.rt.com: **Jahrestag des Nazi-Überfalls auf die UdSSR: Putin legt Kranz am Grab des Unbekannten Soldaten nieder**

Am 81. Jahrestag des Überfalls von Nazideutschland und seiner Verbündeten auf die

Sowjetunion legte Russlands Präsident Wladimir Putin zusammen mit Verteidigungsminister Sergei Schoigu und Kriegsveteranen Blumen am Grabmal des Unbekannten Soldaten im Alexandergarten an den Mauern des Kreml nieder.

Mit einer Kranzniederlegungszeremonie am Grabmal des Unbekannten Soldaten im Alexandergarten an den Mauern des Kreml begingen Russlands Staatschef Wladimir Putin und Verteidigungsminister Sergei Schoigu am 22. Juni den 81. Tag des Andenkens und der Trauer zum Überfall auf die Sowjetunion durch Nazideutschland und dessen Verbündeten im Jahre 1941. Die Zeremonie wurde von einem Marsch der Kompanie der Ehrenwache vor den versammelten Teilnehmern zu Orchesterklängen des Marsches "Der Heilige Krieg" eröffnet, den Schoigu und die anderen teilnehmenden Militärs mit militärischem Gruß empfangen. Präsident Putin begrüßte danach persönlich mit Händedruck diejenigen der wenigen noch lebenden Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, die sich zur Zeremonie einfinden konnten. Er legte dann rote Nelkensträuße an den Ehrenmälern der Allee der Heldenstädte und der Städte des Soldatenruhmes nieder. Auch Verteidigungsminister Schoigu legte einen roten Nelkenstrauß an der Ewigen Flamme nieder. Andere Teilnehmer, darunter die anwesenden Veteranen – teils unter Zuhilfenahme der jüngeren Soldaten und Offiziere –, begingen die Zeremonie noch vor dem Eröffnungsmarsch ebenfalls mit der Niederlegung von Blumen am Grabmal und der Allee der Heldenstädte und Städte des Soldatenruhmes.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b33dc648fbef42c54974eb.jpg>

Vor der Ewigen Flamme, die Teil der Grabmalkomposition ist, stellten Soldaten der Ehrenwache ein Memorialkranz aus roten Nelken mit der goldenen Aufschrift "An den Unbekannten Soldaten vom Präsidenten der Russischen Föderation" feierlich auf. Anschließend rückte Russlands Staatschef und Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte, aufs rechte Knie gebeugt, die Bänder in den Farben der russischen Staatsflagge am Kranz zurecht. Wiederaufgerichtet ehrte er die Helden des Großen Vaterländischen Krieges mit stiller Andacht bei der Schweigeminute.

Eine ähnliche Andachts- und Ehrungszeremonie mit einer Schweigeminute für die im Großen Vaterländischen Krieg Gefallenen, an der ebenfalls Kriegsveteranen teilnahmen, hielt auch das Kollegium des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation ab.

Ähnlich wurde der Tag der Andacht und der Trauer auch in anderen Orten der Russischen Föderation begangen.

Auf eine Ansprache zum Jahrestag verzichtete Putin dieses Mal.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b33d2d48fbef406657a0f3.jpg>

19:16 de.rt.com: **Moskauer Börse startet Handel mit den Währungen Armeniens, Usbekistans und Südafrikas**

Ende Juni wird der Handel mit dem armenischen Dram, dem usbekischen Sum und dem südafrikanischen Rand an der Moskauer Börse aufgenommen. Die Erweiterung der Liste der verfügbaren Währungen war bereits Mitte Mai im Gespräch.

Die Moskauer Börse (MICEX-RTS) wird ab dem 27. Juni den Handel mit den Währungen Armeniens, Usbekistans und Südafrikas aufnehmen, wie das Unternehmen auf seiner Website mitteilte. Bisher waren nur folgende zehn Währungen für den Rubelumtausch an der Börse Moskaus verfügbar: US-Dollar, Euro, chinesischer Yuan, Schweizer Franken, britisches Pfund, türkische Lira, Hongkong-Dollar, weißrussischer Rubel, kasachischer Tenge sowie japanischer Yen.

"Die neuen Währungen werden die Handelsmöglichkeiten für professionelle Marktteilnehmer und deren Kunden erweitern", erklärte der Pressedienst der Moskauer Börse gegenüber der Zeitung Wedomosti.

Die Wirtschaftszeitung RBK hatte Mitte Mai berichtet, dass die Börse die Liste der für den Handel verfügbaren Währungen erweitern wolle. Einer der Gesprächspartner der Zeitung hatte gesagt, die Erweiterung der Liste sei angesichts des sinkenden Handelsvolumens ein logischer Schritt.

Nachdem antirussische Sanktionen verhängt worden waren, wurde ausländischen Kunden der Verkauf von Wertpapieren an der Moskauer Börse untersagt. Die World Federation of Exchanges (WFE) hatte dann die Mitgliedschaft der Moskauer Börse zurückgezogen.

Anfang Mai hatte die britische Steuerbehörde (HM Revenue & Customs) der Börse Moskaus den anerkannten Status entzogen. Die britische Behörde erklärte, diese Entscheidung sei getroffen worden, weil die russische Zentralbank im Februar Brokern den Handel im Auftrag von ausländischen Kunden verboten hatte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b3213db480cc6f8f23fb09.jpg>

19:30 de.rt.com: **LVR: Ukrainische Soldaten nehmen Gefallenen persönliche Dokumente weg**

In einer Sendung des Fernsehkanals Rossija 24 hat der Oberstleutnant der Lugansker Volksmiliz Andrei Marotschko behauptet, dass ukrainische Militärs auf Anweisung ihrer Führung persönliche Unterlagen ihrer gefallenen Kameraden entwenden würden, um so eine Identifikation der Leichen zu verhindern.

"Es gibt eine Anweisung an ukrainische Militärangehörigen, gefallene Soldaten zu anonymisieren. Sie nehmen ihnen einfach alle Dokumente, die persönliche Daten ausweisen, weg, damit man sie nicht identifizieren kann."

Diese Praxis werde auch bei gefallenen ausländischen Söldnern angewandt. Gegenwärtig würden Versuche unternommen, die von den Streitkräften der LVR in der Nähe der Ortschaften Gorskoje und Solotoje getöteten ausländischen Söldner zu identifizieren, fügte Marotschko hinzu.

20:00 de.rt.com: **Stadt Gorlowka in DVR wieder durch Ukraine beschossen**

Die ukrainischen Truppen sollen Gorlowka beschossen haben, wobei sie sieben Geschosse mit einem Kaliber von 152 mm auf die Stadt abgefeuert hätten. Dies erklärte die DVR-Vertretung bei dem Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands. Auf dem Telegramm-Kanal hieß es:

"Es wurde Beschuss von ukrainischen bewaffneten Formationen in der Richtung: heute 17:30 Uhr – Siedlung Nelepowka – Siedlung Gorlowka registriert: sieben Geschosse des Kalibers 152 Millimeter wurden abgefeuert."

Gorlowka liegt 50 Kilometer nördlich von Donezk. In der Stadt sind der Chemiekonzern Stirol und Kohlebergbauunternehmen ansässig. Gorlowka steht seit 2014 unter der Kontrolle der DVR. Vor Beginn des Konflikts im Donbass hatte Gorlowka über 250.000 Einwohner.

20:16 de.rt.com: **Litauen nach Transitbeschränkungen für Kaliningrad auf russische Vergeltungsmaßnahmen vorbereitet**

Nach der Einschränkung des Warentransits in das Kaliningrader Gebiet ist Litauen auf mögliche Vergeltungsmaßnahmen vonseiten Russlands vorbereitet. Dies sagte der litauische Präsident Gitanas Nausėda, der zugleich ankündigte, die Beschränkungen gegen die russische Exklave weiter auszudehnen.

Litauen wird die Liste der Beschränkungen für den Warentransit zwischen dem Kaliningrader Gebiet und dem übrigen Russland erweitern, wenn die Sanktionen der Europäischen Union

verlängert werden. Dies gab der litauische Präsident Gitanas Nausėda bekannt, wie Reuters [berichtet](#).

Er fügte hinzu, Litauen sei auf Vergeltungsmaßnahmen Russlands vorbereitet, einschließlich der möglichen Abkopplung Litauens vom regionalen Energiesystem. Nausėda sagte: "Wir sind zu unfreundlichen Maßnahmen seitens Russlands bereit, wie zum Beispiel auf die Abkopplung vom BRELL-System und andere."

BRELL ist das Stromnetzintegrationssystem von Weißrussland, Russland, Estland, Lettland und Litauen. Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben die baltischen Staaten angekündigt, sich aus dem Abkommen zurückzuziehen.

Gleichzeitig äußerte Nausėda, er rechne nicht mit einer militärischen Konfrontation mit Russland:

"Ich glaube nicht, dass Russland uns militärisch herausfordern wird, weil wir ein Mitglied der NATO sind."

Litauen hat für den 18. Juni ein Verbot für den Transit von Gütern, die unter EU-Sanktionen fallen, wie Holz, Metalle, Zement und andere Produkte zwischen dem Kaliningrader Gebiet und dem übrigen Russland angekündigt. Das russische Außenministerium äußerte Vilnius gegenüber seinen Protest und forderte die sofortige Aufhebung der Beschränkungen.

Der Leiter des Kaliningrader Gebiets Anton Alichanow bezeichnete das Verbot des Transits von Gütern, die unter Sanktionsregelungen der EU fallen, als Verstoß gegen die internationalen Verpflichtungen sowohl Litauens als auch der EU und erklärte, dass das Nachbarland mit Konsequenzen rechnen müsse. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Bewohner der Region nicht mit einem Mangel an Waren konfrontiert würden, da die beschränkten Produkte auch auf dem Seeweg geliefert werden können.

Das litauische Außenministerium äußerte sich zu den Äußerungen aus Moskau und erklärte, das Land halte sich an die EU-Sanktionen und habe keine einseitigen Beschränkungen verhängt. Auch werde der Transit von Waren, die nicht unter die EU-Sanktionen fallen, fortgesetzt.

Der russische Föderationsrat bezeichnete das Vorgehen Litauens als "Blockade" des Kaliningrader Gebiets und versprach "harte" Vergeltungsmaßnahmen, während das russische Außenministerium erklärte, diese seien eher "praktischer" als diplomatischer Natur.

Die EU-Sanktionen, die eigentlich die Einfuhr von Holz, Stahl, Eisen, Zement und anderen Waren aus Russland betreffen, wurden im Frühjahr nach Beginn der militärischen Operation Russlands in der Ukraine verhängt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b329d1b480cc067a084321.jpg>

Der litauische Präsident Gitanas Nausėda

21:25 (20:25) novorosinform.org: **Johnson verlangte von der Ukraine, kein Territorium**

im Austausch für Frieden aufzugeben

Der britische Premierminister Boris Johnson sagte in einem Interview für europäische Zeitungen, dass die Ukraine für einen Friedensschluss in ihrem Land keine Gebiete aufgeben sollte und die Grenzen auf dem Niveau "vor dem 24. Februar" wiederhergestellt werden sollten, schreibt TASS.

Johnson ist der Meinung, dass Großbritannien weiterhin Waffen an die Streitkräfte der Ukraine liefern und „strategischen Widerstand leisten“ sollte, merkt aber an, dass die Ukrainer selbst entscheiden müssten, was zu tun sei. Der britische Premierminister ist zuversichtlich, dass die ukrainische Seite um des Friedens willen keine territorialen Zugeständnisse machen werde.

"Wenn wir sagen, dass Putin verlieren muss, meinen wir nicht die Ereignisse in Moskau oder die Innenpolitik Russlands, das ist nicht unser Ziel. Mit Scheitern meinen wir die Rückkehr zum Status quo vor dem 24. Februar", erklärte Johnson.



https://novorosinform.org/content/images/73/90/47390_720x405.jpg

20:30 de.rt.com: Maria Sacharowa: "Drang nach Osten" zum Motto der NATO geworden

Am Tag der Erinnerung und der Trauer (der Gedenktag an den Beginn des Großen Vaterländischen Krieges) hat Maria Sacharowa Parallelen zwischen den Kriegen gezogen. Laut Sacharowa kämpfte 81 Jahre später das russische Militär erneut gegen den Nazismus, jetzt aber gegen den Neonazismus, indem es die Ukraine befreie.

Die Pressesprecherin des russischen Außenamtes wies darauf hin, dass die russischen Militärangehörigen und Zivilisten heute mit Waffen getötet würden, die in NATO-Ländern hergestellt werden. Weiter hieß es:

"Ich möchte Sie daran erinnern, wie das Motto des Dritten Reiches lautete: 'Drang nach Osten'. Es ist in der Tat zum Motto der Allianz geworden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b349dc48fbef42c4618dae.jpg>

21:00 de.rt.com: **USA lehnen Sonderflug zur Abschiebung russischer Diplomaten ab**

Die USA haben der Abholung russischer Diplomaten mit einem russischen Sonderflug keine Erlaubnis erteilt. Zuvor waren die Diplomaten aufgefordert worden, das US-Territorium zu verlassen. Dies gab die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bekannt. Sie kommentierte den Vorgang wie folgt:

"Washington hat mit der Verweigerung der Genehmigung für einen Sonderflug der russischen Staatsluftfahrt in die Vereinigten Staaten, der russische Diplomaten und ihre Familien in ihr Heimatland zurückbringen sollte, einen weiteren feindseligen Schritt gegenüber unserem Land unternommen."

Sacharowa erinnerte daran, dass "das Flugzeug unsere Kollegen abholen sollte, denen das Außenministerium zuvor ein Ultimatum gestellt hatte, das US-Territorium bis Ende des Monats zu verlassen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b35e4848fbef612d27ecf6.jpg>

22:30 (21:30) novorosinform.org: **Ukrainische Nationalisten haben eine Schule in Avdiivka in gesprengt, in der Absicht, Russland dafür verantwortlich zu machen - russisches Verteidigungsministerium**

Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungskontrolle der Russischen Föderation, teilte mit, dass ukrainische Nationalisten eine Schule im Dorf Awdejewka in die Luft gesprengt haben, das unter der Kontrolle des ukrainischen Militärs steht. Er fügt hinzu, dass ukrainische und westliche Medien bereits damit begonnen hätten, erfundene Informationen darüber zu verbreiten.

Nach Angaben des Generaloberst haben Spezialisten der Streitkräfte der Ukraine in Awdejewka eine Provokation begangen, um die Streitkräfte der Russischen Föderation zu

diskreditieren, indem sie sie beschuldigen, die Infrastruktur der Stadt zerstört zu haben.
„Dazu haben die Nationalisten das Gebäude der Sekundarschule Nummer sechs gesprengt
und gefälschtes Foto- und Videomaterial in ukrainischen und westlichen Medien verbreitet“,
erklärte Misinzew.



https://novorosinform.org/content/images/73/95/47395_720x405.jpg